

# Auftritt der Blumenmänner. Bürgerliche Revolution und soziale Empörung 1830/31<sup>1</sup>

Helmut Bock

Ein treffender Ausspruch rühmt Paris als die Stadt, deren Bewohner die Leidenschaft des Genusses mit der Leidenschaft der geschichtlichen Aktion vereinigten – die zu leben wussten wie der feinste Epikureer Athens und zu sterben wie der unerschrockenste Spartaner.<sup>2</sup> Der Vitalität und dem Freiheitspathos der französischen Metropole hat Eugène Delacroix die Formen und Farben seiner Kunst verliehen. Er malte die Symbolgestalt der Revolution: Halb Göttin, halb Grisette, die Jakobinermütze auf wehendem Haar, das Gewehr in der Linken und mit der Rechten die blauweißrote Trikolore hoch schwingend, stürmt sie über die Barrikade hinweg zum Angriff. Im rauchigen Hintergrund die Türme von Notre-Dame-de-Paris und im Vordergrund streitbare Menschen. Ein Halbwüchsiger mit Pistolen – die tollkühne Jugend. Ein Mann mit Zylinder, Binde und Frack – die bürgerliche Klasse. Ein Gewimmel bewaffneter Gestalten, bekleidet mit der Schürze des Kramladenbesitzers, der Mütze des Studenten, dem Zweispitz des napoleonischen Veteranen – das Volk. Und auf der mit Toten bedeckten Erde ein gefallener Proletarier in seiner blauen Arbeitsbluse, der das stürmende Weib bewundernd anstarrt. Es ist die Allegorie der Pariser Julirevolution von 1830: „La Liberté guidant le peuple“. Treuherzig gemalte Illusion der bürgerlich-demokratischen Revolutionen dieser Epoche: „Die Freiheit führt das Volk!“ Seit Napoleons Sturz war dem historisch geschlagenen Adel die Regierungsgewalt noch einmal in die Hand gegeben. Frankreich war eine konstitutionelle Monarchie, in der die Dynastie der Bourbonen, die alte Hocharistokratie und der Emigrantenadel frühere Macht wiederherstellen wollten, doch von der wirtschaftlich erstarkenden und politisch opponierenden Bourgeoisie in Schach gehalten wurden. Da wagte Karl X., König von Frankreich, am 26. Juli 1830 den Staatsstreich gegen die Verfassung und die liberale Parlamentsmajorität: Dekrete seines Regierungskabinetts Polignac befahlen die Auflösung des Abgeordnetenhauses, die Abschaffung des geltenden Wahlrechts und der Pressefreiheit. Die Bourgeoisie, die unmittelbar geschädigte Klasse, reagierte matt. Die Zeitungen „Le National“ und „Le Temps“ veröffentlichten die königlichen Erlasse pflichtgemäß, suggerierten aber eine Steuerverweigerung – die Waffe der Besitzenden. Spekulanten rannten zur Börse, wo die Renten um vier bis fünf Prozente

---

1 Eine erweiterte Fassung dieses Textes ist veröffentlicht worden in: Helmut Bock: Wer bedroht wen? Bürgerliche Revolution und soziale Empörung (Pankower Vorträge, H. 110), hrsg. von „Helle Panke“ e.V., Berlin 2008, 64 S.

2 Siehe Friedrich Engels: Von Paris nach Bern, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 5, S.463-480, hier S.464.

abstürzten und die Geldwechsler ihre Geschäfte einstellten.<sup>3</sup> Einige Handelsunternehmer und Fabrikanten entschlossen sich zur Stilllegung ihrer Betriebe, so dass ihre Angestellten und Arbeiter auf die Straße gingen.

Dort regte sich spontaner Widerstand. Die von Entlassung bedrohten Druckereiarbeiter der verbotenen Zeitungen zogen über die Boulevards: „Nieder mit den Ministern!“ Im Garten des Palais Royal wurden die königlichen Dekrete unter wütenden Protesten verlesen. Räumungskommandos der Polizei drängten gegen die Menge, die aber zum Gebäude des Ministerpräsidenten zog und mit Steinwürfen die Fenster zertrümmerte.

Am folgenden Tag war das Volk in dichteren Massen auf den Straßen. Die tatsächlich entlassenen Zeitungsarbeiter empörten sich, zusammen mit weiteren Arbeitslosen. Ängstlich verriegelten die Ladenbesitzer ihre Geschäfte, so dass nun auch Handlungsgehilfen ins Freie strömten. Wieder das aufreizende Vorlesen am Palais Royal, die Ansammlung von Menschengruppen und wieder der Einsatz von Polizei. Diesmal flogen Steine gegen die Ordnungshüter. Ein Offizier der Schlosswache befahl eine Salve – und als der Pulverdampf verwehte, lagen ein Toter und drei Verwundete auf dem Pflaster. Immer bewegt irgendein Zufall die Geschichte: Die blutige Episode bahnte der Revolution den Weg.

Die zornentbrannte Menge entlud drei mit Bausteinen beladene Fuhrwerke und türmte die Fracht am Eingang der Richelieustraße zur Barrikade auf. Das Beispiel machte Schule. Gendarmerie, Infanterie, Kavallerie rückten gegen die Masse vor, konnten aber die Straßen am Palais Royal nicht mehr frei räumen. Abermals krachte Gewehrfeuer. Nach einbrechender Nacht lag die Stadt im Finstern, weil die Straßenlaternen zerschlagen wurden. Die Truppen wichen in ihre Kasernen zurück. Indes hatten sich 37 Parlamentarier des reichen Bürgertums in der Wohnung des Bankiers und Abgeordneten Casimir Périer zusammen gefunden. Ein Protest gegen den Staatsstreich kam nicht zustande.<sup>4</sup>

---

3 Siehe Anonymus: Die Ereignisse zu Paris am 26., 27., 28. und 29. July 1830, von einem Augenzeugen, Karlsruhe 1830; Johann Heinrich Schnitzler: Ausführlicher Bericht eines Augenzeugen über die letzten Auftritte der französischen Revolution während der zwei Wochen vom 26. Julius bis zum 9. August 1830, Stuttgart-Tübingen 1830, S.27; Georges B. Depping: Erinnerungen aus dem Leben eines Deutschen in Paris, Leipzig 1832, S.494.

4 Weitere benutzte Literatur zur Julirevolution siehe: Alphonse Pepin: Zwei Jahre der Regierung 1830-1832, Leipzig 1834; Louis Blanc: Geschichte der zehn Jahre von 1830-1840, Zürich u. a. 1843, T. 1, S.86-319 bzw. Berlin 1844, S.126-335; Ders.: Geschichte der Julirevolution, 2. Aufl., Berlin 1848; Louis Héritier: Geschichte der Französischen Revolution von 1848, Stuttgart o. J. [1897/98], S.45-99; Georg Gottfried Gervinus: Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts seit den Wiener Verträgen, Bd. 8/2, Leipzig 1866, S.383-500; Alfred Stern: Geschichte Europas 1830-1848, Bd. 1, Stuttgart-Berlin 1905, S.2-74; Georges Weill: La France sous la monarchie constitutionnelle 1814-48, Paris 1912, S.44-58; Benedikt Lachmann: Der Bürgerkönig. Frankreich zwischen den Revolutionen 1830-1848, Berlin 1939, S.7-26; Rutger Boob: Ansichten der Revolution. Paris-Berichte deutscher Schriftsteller, Berlin 1977; Helmut Bock: Die Illusion der Freiheit. Deutsche Klassenkämpfe zur Zeit der Pariser Julirevolution 1830/31, Berlin 1980; Kurt Holzapfel: Die französische Julirevolution – Meinungen und Kontroversen, in: Manfred Kossok/Werner

*Das Volk kämpft*

Am Morgen des 28. Juli trugen die Stadtteile nördlich der Seine – zwischen den Straßen Saint-Honoré, Saint-Antoine und den Boulevards, die die Altstadt im Halbkreis umschlossen – bislang nie gekannte Merkmale einer Volkserhebung: das Pflaster aufgerissen, die Straßenzugänge von Barrikaden versperrt, die Erdgeschosse der Häuser verriegelt, die oberen Stockwerke mit allen möglichen Wurfgeschossen angefüllt. Aufgeregte, zornige, auch ängstliche Menschen. Allgemeine Selbstbewaffnung mit Gewehren, Piken, Säbeln, Knüppeln, Kampfwerkzeugen aller Art.

In den Vortagen hatte der offene Verruf nur den Ministern der amtierenden Regierung gegolten. Jetzt wurden die weißen Fahnen mit den Lilien von den Bürgermeistereien heruntergerissen und in die Gosse getreten. Weiß und Lilien waren Farbe und Zeichen der Bourbonen, der herrschenden Dynastie. Die Stimmung radikalisierte sich: „Nieder mit den Bourbonen!“ Im Handstreich wurde das Stadthaus besetzt, das traditionelle Zentrum von Alt-Paris, wo beim Geläute der Sturmglocke eine blauweißrote Fahne emporstieg. Auch von den ragenden Türmen der Kirche Notre-Dame wehte eine riesige Trikolore, und „Hummel“, die große Glocke, dröhnte zum Aufstand.

In Saint-Cloud erwirkte Ministerpräsident Polignac ein königliches Dekret, das über die Stadt Paris den Belagerungszustand verhängte. Marschall Marmont, der wegen Abwesenheit des Oberbefehlshabers mit dem Kommando beauftragt wurde, musste aus Versailles und Saint-Denis zusätzliche Truppen herbeirufen, gab aber den verfügbaren 7.000 Mann den sofortigen Einsatzbefehl. Das Volk besaß nunmehr Gewehre, die es in Waffenläden, Polizeistationen, Militärmagazinen, noch anderen Lagerstätten erbeutet hatte. Vorräte an Pulver, sogar aus dem Pariser Hauptmagazin, fielen in seine Hand, und die damit gefüllten Patronen wurden mit Kugeln aus Blei, Nägeln, eingeschmolzenen Drucklettern versehen. Schon vor den versperrten Straßenzugängen gerieten die anrückenden Truppen unter die Schüsse der Verteidiger.

Wenn die Barrikaden durch Artilleriefeuer und Infanterieangriff genommen, die Straßen und Gassen besetzt wurden, flogen Dachziegel, Steine, Flaschen, Holz, Möbel, Gewehrkerne von oben herab. Während die Verteidiger in den Häusern zumeist sicher verschanzt blieben und über fast unerschöpfliche Streitmittel verfügten, zog sich das Militär in der Glut des heißen Sommertags schweißtriefend, durstig und hungrig, physisch und nervlich zermürbt, auf langen Umwegen in seine Ausgangsstellungen zurück.

Das Stadthaus wechselte zweimal den Besitzer. Besonders hier, am Nordufer der Seine, hatte sich das Volk in Massen zusammengerottet. Die Wehrpflichtigen des 15. Linienregiments weigerten sich, auf das Volk zu schießen. Gegen Mitternacht

---

Loch (Hrsg.): Die französische Julirevolution von 1830 und Europa, Berlin 1985, S.21-52; Ders.: Julirevolution 1830 in Frankreich. Französische Klassenkämpfe und die Krise der Heiligen Allianz (1830-1832), Berlin 1990; Jill Harsin: Barricades. The war of the streets in revolutionary Paris, 1830-1848, New York u. a. 2002.

fiel das strategisch wichtige Gebäude wieder an die Aufständischen. Das war nun schon der dritte Tag gewesen, der den Abgeordneten der Bourgeoisie die seltene Gelegenheit geboten hätte, die Fahne der bürgerlichen Revolution und der Freiheit auch einmal selbst in die Hand zu nehmen. Casimir Périer aber hatte am frühen Morgen insgeheim einen Boten nach Saint-Cloud geschickt: Der König möge ruhen, die Einstellung des Kampfes zu befehlen. Dieser aber beharrte auf seinem Belagerungsbefehl gegen die rebellische Stadt.

Jetzt endlich wagten die Abgeordneten, gegen den Staatsstreich zu protestieren. Aus der Feder des Historikers und späteren Ministers Guillaume Guizot rann ein Text aufs Papier, wonach sich die Parlamentarier als rechtlich gewählt, aber durch Gewalt behindert auffassten – und während das Volk kämpfte, beteuerten sie ihre unverbrüchliche Treue zum König wie auch zur bedrohten Verfassung. Sobald aber das ohnehin schwächliche Dokument von den Anwesenden unterzeichnet werden sollte, versagte man sich und schrieb in feiger Unverbindlichkeit: „Es folgen die Unterschriften.“ Erst als sich Zeitungsredakteure weigerten, das anonyme Machwerk zu publizieren, wurden 63 Namen von anwesenden und abwesenden Abgeordneten daruntergesetzt.

Wie der Tag, so gehörte auch die Nacht dem Volke. Im Schein unzähliger Windlichter und Kerzen wurden die Straßen vollends entpflastert, die Steine zu neuen Barrikaden aufgeschichtet, die so dicht hintereinander lagen, dass Reiterei und Artillerie nicht passieren konnten. Am frühen Morgen eröffneten die Volkskämpfer an der Straße Saint-Honoré und vom südlichen Seineufer her das Geklänkel mit den Regierungstruppen. Deren Lage war im Vergleich zum Vortag gänzlich verändert. Sie standen im Raum der Schlösser nicht mehr als Angreifer, sondern als Belagerte. Die auf dem Vendômeplatz aufgestellten Soldaten des 53. Linienregiments wurden von Frauen ermuntert, sich dem unehrenhaften Kampf gegen die Bevölkerung zu entziehen. Sie fraternisierten tatsächlich und bewirkten außerdem den Übertritt des 5. Linienregiments zu den Aufständischen. An diesem 29. Juli 1830, mittags gegen zwölf Uhr, hissten die Revolutionäre die Trikolore anstelle des Lilienbanners auf den Dächern des Louvre und der Tuileries.

Diese Julirevolution ist ein unvergessliches Beispiel der Geschichtsmächtigkeit des Volks von Paris. Spontan, nur mit dem heißen Gefühl der Empörung und dem hellwachen Instinkt für die Zuspitzung der Staatskrise – strömte es aus Wohnungen und Arbeitsstätten auf die Straße, um der Regierungsgewalt zu trotzen. Ohne Vorbereitung und Plan – vereinigten sich die einzelnen Brennpunkte des Widerstands zur Flamme der stadtweiten Massenerhebung. Ohne zentrale Leitung – entfaltete sich ein taktisch übereinstimmendes System des Straßenkampfes. Diese Volksstreiter waren keine klassischen Heroen, von denen ohnehin nur die Belletristik fabelt: Sie waren eine lebende Masse von Revolutionären und Unzufriedenen, Idealisten und Zynikern, ehrlich Empörten und bloßen Mitläufern, die sämtlich von überheblichen Historikern als „Pöbel-

haufen“ bezeichnet werden.<sup>5</sup> Doch das Paris der Julirevolution war kein Tummelplatz für pure Krawallhelden und Abenteurer. Es war ein Schlachtfeld des Bürgerkriegs mit amtlich registrierten 951 Toten und 5.078 Verwundeten, in überwiegender Mehrzahl Menschen aus der arbeitenden Bevölkerung.

### *Die Bourgeoisie schleicht an die Macht*

1789 war deklariert worden: der Ursprung aller Souveränität liege bei der Gesamtheit des Volkes. Keine Körperschaft und kein Einzelner sollte eine Autorität ausüben dürfen, die nicht ausdrücklich vom Volk ausgehe.<sup>6</sup> Für diese Gesetzmäßigkeit hatten die Julirevolutionäre gekämpft. Es war logisch, dass jetzt zumindest die Forderung nach dem Sturz Karls X., nach Neugestaltung der Staatsgewalt ins gesellschaftliche Bewusstsein drängte. Aber es war eine offene Frage, ob das Prinzip der „Volkssoveränität“, das objektiv in Tausenden von Barrikadenkämpfen verkörpert war, zur Staatsform einer demokratischen Republik oder erneut zu einer gemäßigten Monarchie führen würde.

Am Morgen des 29. Juli hatten Frankreichs Abgeordnete einem Sieg des Volkes noch so sehr misstraut, dass kaum zehn zum verabredeten Privattreffen im Haus des Bankiers Laffitte erschienen waren. Erst am späten Vormittag waren dort etwa 30 Abgeordnete versammelt, die unter dem Einfluss der Nachrichten endlich beschlossen, mit dem Sturmwind der Revolution zu segeln. Man konstituierte sich förmlich zur Abgeordnetensitzung, weil es notwendig geworden sei, die Leitung der Dinge in die Hand zu nehmen, und beschloss die sofortige Wahl eines Städtischen Ausschusses. Dieser, in Gestalt der beiden Bankiers Laffitte und Périer und fünf weiterer Abgeordneter, ließ sich im Stadthaus nieder. Sie mühten sich zwar um die Reorganisation der Bürgermeistereien und der Nationalgarde, vermieden aber jede offene Erklärung gegen den König, den Hauptverantwortlichen des Staatsstreiches.

Doch es gab einige Abgeordnete und Journalisten, die in dieser Nacht nicht ruhten. Bankier Laffitte, der Schriftleiter und Historiker Alphonse Thiers und noch weitere Redakteure der Zeitung „National“ vereinigten ihr Bemühen, das Königtum Karls X. abzuschaffen – zugleich aber die demokratische Republik zu verhindern. Sie ließen am Morgen des 30. Juli ihre Maueranschläge verbreiten: Die Fortdauer der bisherigen Monarchie sei unmöglich, doch werde auch eine Republik schwere Gefahren heraufbeschwören, weil sie die Franzosen erneut in feindliche Lager spalte und den republikanischen Staat mit allen Monarchien Europas verfeinde. Stattdessen sei der Herzog von Orléans der Sache der Revolution ergeben.

Die Propaganda für den Herzog rief Gegner hervor. Die monarchische Souveränität Karls X. müsse der „Volkssoveränität“ weichen, der politischen Entschei-

---

5 Siehe Schnitzler, Ausführlicher Bericht, S.37; Friedrich Seybold: Erinnerungen aus Paris. Im Jahr 1831. Von einem Süddeutschen, Stuttgart 1832, S.119f.

6 Siehe Erklärung der Rechte des Menschen und des Bürgers, Artikel 3, in: Walter Markov: Revolution im Zeugenstand. Frankreich 1789-1799, Bd. 2, Leipzig 1982, S.105.

dungsgewalt jener, die den Sieg mit eigenen Händen erfochten hätten. „Kein Königtum mehr!“ war Text ihrer Reden und Mauerinschriften, die die Losung „Nieder mit den Bourbonen!“ offensichtlich verschärften. Diese Republikaner organisierten eine größere Versammlung im Restaurant „Lointier“ in der Richelieustraße und beschlossen eine Adresse an den Städtischen Ausschuss: Das Volk habe die geheiligten Menschen- und Bürgerrechte um den Preis seines Blutes zurückerobert; das Recht aller Bürger sei nunmehr die freie Wahl ihrer Regierung. Deshalb müssten die Aufrufe verhindert werden, die schon jetzt ein Staatsoberhaupt bezeichneten. Der Ausschuss möge als provisorische Vertretung der Nation solange bestehen bleiben, bis das Interesse der Franzosen ermittelt sei: Urwahlen in ganz Frankreich sollten eine Gesetzgebende Versammlung schaffen, die über die Zukunft des Landes entscheide.<sup>7</sup>

Eine Abordnung der „Réunion Lointier“ rückte auf das Stadthaus und übergab die Adresse dem Kommandanten Lafayette. Der 72-jährige Marquis wuchs soeben in die Rolle eines anerkannten Hauptes der Julibewegung – eine Gestalt, die die Widersprüchlichkeit der Situation und das Konfliktpotential der Parteien geradezu personifizierte. Ein Verfechter der konstitutionellen Monarchie während der ersten Revolution, hatte er auch bis zur jetzigen zweiten Revolution seine Abneigung gegen die „Anarchie“ des Volks nicht aufgegeben. Aber die Barrikadenkämpfer des Juli erklärten ihn mit dem Nimbus der Großen Revolution. Lafayette lavierte zwischen den Fronten.

Die Abgeordneten, die nunmehr in förmlicher Sitzung im Palais Royal tagten, beschlossen eine Einladung des Herzogs von Orléans, wonach dieser einstweilen das Amt eines Reichsstatthalters übernehmen und die Verfassung sichern sollte. Ihr plötzlicher Aktivismus gründete sich auf ein Kalkül besitzbürgerlicher Interessen: Nach 15 Jahren der „Restauration“ sei die Mehrheit des Bürgertums für den Sturz der Bourbonen, jedoch im Namen des „Eigentums“ und der Geschäfte auch für eine eilige Überwindung der Krise gestimmt – gegen die Unruhe einer Revolution, in der die arbeitende Klasse des Quartier Marais und der Pariser Vorstädte von Tag zu Tag selbstbewusster und radikaler auftrat, während das übrige Frankreich überhaupt erst begann, die revolutionäre Woge aufzunehmen. Je schneller man einen neuen König fand und kürte, der seine Krone aus bürgerlich-liberalen Händen entgegennahm, desto sicherer blieb die Stellung der Besitzenden und die Aussicht auf bald wieder florierende Geschäfte.

Doch an den Namen des Herzogs von Orléans knüpften sich zur Stunde die größten Sorgen und Zweifel seiner Befürworter. Würde die begehrte Persönlichkeit wirklich bereit sein, die Krone als ein Resultat der Revolution zu empfangen? Und würde sie das zwielichtige Spiel der hohen Bourgeoisie mitspielen? Herzog Louis Philippe von Orléans war Angehöriger einer dynastischen Nebenlinie des Hauses Bourbon. Er verdankte seinen doppelsinnigen Ruf, Banner-

---

<sup>7</sup> Zeitzeugen berichten über die Radikalisierung des politischen Bewusstseins: Das Pariser Volk habe eine Republik gewollt. Siehe Schnitzler, Ausführlicher Bericht, S.86; Depping, Erinnerungen, S.510; Seybold, Erinnerungen, S.121.

träger der bürgerlich-nationalen Trikolore, aber auch Schutzwall gegen die bürgerlich-demokratische Republik sein zu können, früheren Tatsachen seines Lebens. Als General hatte er in der Revolutionsarmee von 1792/93 gedient, sich jedoch wenige Wochen vor Machtergreifung der Jakobiner auf die Seite Österreichs geschlagen. Jetzt, bei Beginn der Julirevolution, hatte es der Mann für klug gehalten, weder am Königshof in Saint-Cloud noch bei den Barrikaden in Paris zu sein. Er verhielt sich abwartend auf seinem Schloss in Neuilly – richtiger: versteckte sich dort in einem Nebengebäude, wo ihm sein Diener insgeheim alle Nachrichten zutragen musste.

Bankier Laffitte, Stimmführer der „Orléanisten“, hatte seit dem Vortag fünf Boten und Unterhändler zum Herzog nach Neuilly geschickt, die nur Familienmitglieder, niemals ihn selbst antrafen. Am Abend des 30. Juli erhielt Louis Philippe durch seinen Diener die Einladung der Abgeordneten. Er ließ sie auf den nächsten Tag vertrösten. Da jagte Laffitte einen letzten Boten nach Neuilly: Wenn der Herzog nicht augenblicklich komme, so werde die Republik die Herrin von Paris sein. – Der Diener schlich wieder zum Schlupfwinkel, berichtete seinem Herrn getreulich, und dieser hielt es nun für geraten, sein Versteckspiel aufzugeben. Er schlüpfte in einen bürgerlichen Anzug, schmückte seinen Hut mit den trikolorenen Farben und ging zu Fuß nach Paris, wo er um Mitternacht seine Stadtwohnung im Palais Royal erreichte. Dann ließ er Laffitte und Lafayette von seiner Ankunft unterrichten. Er schickte aber auch eine Einladung an den Marquis de Mortemart, den neuen Minister Karls X.: Dieser möge „im Interesse der königlichen Sache“ schleunigst zu ihm kommen.

Als erster erschien der Minister. „Wenn Sie den König früher sehen als ich“, soll Louis Philippe gesagt haben, „so teilen Sie ihm mit, dass man mich mit Gewalt hierher geführt hat, dass ich mich aber lieber in Stücke hauen lassen werde, ehe ich die Krone auf mein Haupt setze.“ Der Minister Mortemart schied mit höchster Befriedigung. Am Morgen des 31. Juli entschloss sich Louis Philippe, den Antrag der Abgeordneten anzunehmen, und diktierte sogleich eine Proklamation. Da erschien die Abordnung, die ihn am Vortag verzweifelt gesucht hatte, sich nun aber herzlich empfangen fühlte: Er sei nach Paris gekommen, um die Gefahren mit den „Volksvertretern“ zu teilen; ihr Antrag verlange allerdings seine ernste Überlegung, weil er den Bourbonen durch Familienbande verpflichtet sei. Seinen Entschluss wolle er ihnen später mitteilen. Der Abgeordnete Bérard bediente ihn prompt: Der Herzog scheine die Situation nicht zu kennen, man stehe auf einem Vulkan, so dass schleunigst zu handeln sei. In einer Stunde schon könnte es zu spät sein! Der Herzog machte Miene, von solcher Argumentation überzeugt zu werden. Er zog sich mit der Bemerkung, die Lage noch einmal überdenken zu müssen, in sein Arbeitszimmer zurück, erschien aber schon nach Minuten mit seiner längst fertigen Proklamation. Solche Geistesgegenwart und Tatkraft verblüfften die Abgeordneten ungemein, so dass sie begeistert waren.

Auch an diesem Tag stritten die politischen Strömungen mittels Proklamationen und Maueranschlägen. Früh schon hatte ein republikanischer Aufruf das Volk

ermahnt, unter Waffen zu bleiben und nur eine Provisorische Regierung anzuerkennen, die in aller Form den Sturz Karls X. erklären und Volkswahlen ankündigen würde. Dann erschien die Proklamation des Herzogs von Orléans, die von den Radikalen heruntergerissen wurde, weil sie weder die Absetzung des alten Bourbonen noch eine Aussage über die Regierungsbildung enthielt. In der Altstadt wogten die Massen. Ihre Unzufriedenheit und harsche Kritik beunruhigte den Städtischen Ausschuss der Parlamentarier, so dass er sich sputete, ebenfalls eine Proklamation zu erlassen: „Karl X. hat aufgehört zu regieren!“ Das endlich war der Satz, der sofortige Wirkung erzeugte, obwohl auch diesmal über die Nachfolge der alten Monarchie nichts gesagt wurde.

In dieser Situation traf Louis Philippe eine Entscheidung, die für den Mann der Schaukelpolitik nicht ohne Kühnheit war. Er entschloss sich, in die Höhle des Löwen, also zum Stadthaus, zu ziehen, um durch diese Demonstration mit einem Schlag öffentliche Anerkennung zu gewinnen. General Lafayette empfing den Herzog auf der Treppe und geleitete ihn mitsamt den Abgeordneten in den großen Saal. Aus der wehrhaften Menge erhob sich der Ruf „Nieder mit Karl X.!“ und „Keine Bourbonen mehr!“ – aber auch: „Es lebe der Herzog von Orléans!“ Es schien, als ob Frankreichs Schicksal ganz in den Händen Lafayettes lag, weil er den Herzog erheben, aber auch abweisen konnte. Er drückte Louis Philippe die Trikolore in die Hand und zog ihn an ein geöffnetes Fenster. Der Herzog begriff seine theatralische Rolle: Er entfaltete die blauweißbrote Fahne und umarmte den General – ein Schauspiel, das seine Wirkung nicht verfehlte.

Die Menge im Saal und auf dem Vorplatz brach in Jubel und Hochrufe aus. Gewehrshüsse feierten den historischen Augenblick, der den Sieg der Monarchie, aber auch die Niederlage der Republik besiegelte. Die Mehrheit des Abgeordnetenhauses, das vor der Revolution aufgrund eines sehr einengenden Zensuswahlrechts zugunsten der Reichen entstanden war, erhob den Herzog am 8. August 1830 zum König einer abermals konstitutionellen Monarchie.<sup>8</sup> Das neue Regierungssystem begriff sich als „Juste-milieu“, als Ordnung der „rechten Mitte“, platzierte sich also wörtlich zwischen den Trümmern des dynastischen Restaurationsregimes und der gefürchteten demokratischen Republik.

### *Das Bürgerkönigtum*

Die Französische Revolution von 1789 war eine *offensive* Revolution gewesen. Sie hatte mit den Menschen- und Bürgerrechten auch das Recht des „Widerstands gegen Bedrückung“ und somit des Bürgerkriegs proklamiert, sich aber fünf Jahre lang entwickeln müssen, bis auf den Trümmern der feudalen Aristokratie und den Leichen der gemordeten Jakobinerführer die Besitzklasse triumphierte. Im Juli 1830 dagegen geschah eine *defensive* Revolution. Das Volk von Paris praktizierte das Widerstandsrecht gegen den Staatsstreich der adligen Aristokratie, und indem es die Konterrevolution in dreitägiger Straßenschlacht niederwarf, bekräf-

---

<sup>8</sup> Grundgesetz oder neue constitutionelle Charte des Königreiches Frankreich, Hamburg 1830.



tigte die Revolution von 1830 die Große Revolution von 1789. Die an der sprichwörtlich „heißen Juliwoche“ beteiligten Kräfte wirkten in einer Art von Arbeitsteilung, bei der tatsächlich zu sagen ist, dass das Volk die Kastanien aus dem Feuer holte, die die Bourgeoisie verzehren wollte. Es waren die proletarischen Blumenmänner und die studentische Jugend, zudem Intellektuelle, napoleonische Veteranen und rebellische Kleinbürger, die die Barrikaden errichteten und nach den blutigen Kämpfen die Trikolore hissten.

Ganz anders die besitzende Klasse. Solange die Gefechte unentschieden wogten, verbarg sie sich im kugelsicheren Hintergrund. Erst als das Volk siegte, griff ihre einflussreichste Fraktion nach der Regierungsgewalt. Die Wirkung der Massen auf volksnahe Institutionen einer Republik fürchtend, erstrebte die Großbourgeoisie abermals ein Königtum.

Doch ein Flirt zwischen Machthabern und Demokraten mochte nicht gelingen. Die Deputierten der zweigliedrigen Nationalvertretung in Gestalt der aristokratischen Pairskammer und des besitzbürgerlichen Abgeordnetenhauses entstammten der Zeit vor der Julirevolution; ebenso wenig waren die Staatsbürokratie und das Gerichtswesen erneuert worden. Die alten, den Staat in Funktion haltenden Kräfte und die neue Regierung begannen allzu bald, ihre anteilige Herrschaft zu konsolidieren. Gemeinsam verwarfen sie den Forderungskatalog, mit dem die Barrikadenhelden schon in den Julitagen ins Pariser Stadthaus gezogen waren. Die Zurückweisung dieses „Stadthausprogramms“ offenbarte die konservativen Gesinnungen der verbündeten Obrigkeit: Nichtachtung der „Volkssouveränität“ als Fundamentalprinzip einer neuen Verfassung, Bewahrung der erblichen Pairie (ein Vorrecht des Hochadels) und des Zensuswahlrechts, Ablehnung einer umwälzenden Reform der Stadtmagistrate und Gemeindeverwaltungen, Zurückweisung freier Volkswahlen und einer Neubesetzung der unteren Ämterstellen. Um sich vor unliebsamer Kritik zu schützen, verboten die alten und neuen Staatsrepräsentanten nichtamtliche Maueranschläge und Flugblattaktionen. Sie unterwarfen Theater und Zeitungen polizeilicher Aufsicht. Die Pressefreiheit wurde durch Kautionszwang und Stempelabgaben eingeschränkt.

Weil die politischen Streitsachen öffentlich ausgefochten wurden, meldeten sich auch ausländische Berichterstatter zu Wort. Der deutsch-jüdische Emigrant Ludwig Börne war unter den Literaten seines Landes der erste, der das politisch-soziale Wesen des „Bürgerkönigtums“ bloßstellte: „Das sind die Gutsbesitzer, die reichen Bankiers, die Krämer, die sich mit einem vornehmen Worte die *Industriellen* nennen. Diese Menschen, die fünfzehn Jahre lang gegen alle Aristokratie gekämpft – kaum haben sie gesiegt, noch haben sie ihren Schweiß nicht abgetrocknet und schon wollen sie für sich selbst eine neue Aristokratie bilden: eine Geldaristokratie, einen Glücksritterstand.“<sup>9</sup>

---

9 Ludwig Börne: Briefe aus Paris. Vierzehnter Brief. 17. November 1830, in: Ders.: Sämtliche Schriften, Bd. 3, hrsg. v. Inge u. Peter Rippmann, Düsseldorf 1964, S.66f. Siehe auch Helmut Bock: Ludwig Börne. Vom Gettojuden zum Nationalschriftsteller, Berlin 1962, S.179-208.

Wie aber in der Politik die Sachwalter des „Juste-milieu“ umstritten waren, so mangelte auch der französischen Wirtschaft ein glatter Lebensfluss. Die Luxuswarenindustrie, die vor der Revolution in den Bedürfnissen des Adels einen Markt gefunden hatte, geriet in die Krise. Die Kleinbetriebe der Leichtindustrie kämpften verzweifelt gegen die Konkurrenz der maschinell betriebenen Großproduktion, deren massenhafte und billige Waren die Marktpreise diktierten – wie denn überhaupt die grenzüberschreitende Industrielle Revolution schon seit Jahren die kleine Warenproduktion zerrüttete, die in Frankreich noch überwog. Waren dies immerhin objektive Faktoren, die Produktion und Handel beschränkten, so kamen jedoch subjektive Maßnahmen der Regierung und der Staatsbürokratie hinzu. Die nun herrschenden Finanzkapitalisten waren vorzugsweise an der Akkumulation großer Kapitalien und an Finanzströmen für die Staatskasse interessiert. Sie betrieben eine Politik, die durch indirekte Besteuerung die Waren des täglichen Bedarfs verteuerte.

Der Unmut verschärfte sich durch eine politische Entscheidung, die den Nerv der übergroßen Mehrheit der Staatsbürger verletzte. Am 19. April 1831 erließ die Regierung ein Wahlgesetz, das von 33 Millionen Franzosen nur knapp 200.000 Besitzenden, die jährlich mindestens 200 Franken Steuern an den Staat zahlen mussten, das aktive Wahlrecht zuerkannte, indes nur Steuerzahler ab 500 Franken für wählbar erklärt wurden.<sup>10</sup> Selbst Fabrikanten, Kaufleute, Bildungsbürger der mittleren Bourgeoisie sahen sich weiterhin aus der Nationalvertretung ausgeschlossen. Folglich agitierten ihre öffentlichen Sprecher für ein erweitertes oder gar allgemeines Stimmrecht. Die Redakteure der Zeitung „National“ schürten die Unzufriedenheit sogar durch republikanische Texte. Handwerker und Händler des Kleinbürgertums schlossen sich der Missstimmung an und gaben der bürgerlichen Kritik die Schwerkraft einer sozialen Masse.

Doch es gab einen Widerstand, dessen Dimensionen und potentielle Kraft noch gar nicht abzusehen waren. Schon als Louis Philippe auf den Schlossterrassen und den Boulevards die Rolle des volkstümlichen Monarchen spielte, demonstrierten Blusenmänner in den Vorstädten. Sie verlangten Arbeit, gerechte Löhne, bessere Arbeitsbedingungen – eine Anerkennung ihres selbstlosen Einsatzes, der den politischen Aufstieg des Königs und der Finanzbourgeoisie ermöglicht hatte. Die Aktionen waren spontan. Sie trugen das Muttermal einer Kleinproduktion, die jede Organisiertheit und kollektive Bewusstheit erschwerte. Noch ein Jahrzehnt später registrierte die Statistik in Frankreich nur 3.200 Werkstätten mit mehr als 50 Arbeitnehmern, in Paris beschäftigten acht von neun Betrieben weniger als zehn Lohnarbeiter.<sup>11</sup> Umso leichter glaubte die Staatsbürokratie, mit den Arbeitnehmern umspringen zu können. Der Präfekt des Pariser Departements Seine proklamierte nunmehr die Rechtsauffassung des entfesselten Liberalismus: Alle Eingaben zwecks Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung seien

---

<sup>10</sup> Siehe Blanc, Geschichte, T. 2, S.192ff.

<sup>11</sup> Siehe Joachim Höppner/Waltraut Seidel-Höppner: Von Babeuf bis Blanqui. Französischer Sozialismus und Kommunismus vor Marx, Bd. 1: Einführung, Leipzig 1975, S.196f.

ungesetzlich; sie widersprächen „dem Prinzip der Freiheit und der gewerblichen Tätigkeit“.<sup>12</sup>

Seitdem rauchte ein Schwelbrand, dessen Glut immer wieder in Arbeiterprotesten und Streiks aufflackerte.<sup>13</sup> Da legten die neuen Machthaber den Blusenmännern die alte Gesetzesschlinge um den Hals: Sie verfügten am 1. April 1831 die Wiedereinführung des Arbeitsbuchzwanges und des Koalitionsverbotes. Am Tag darauf erwirkten sie obendrein noch einen Parlamentsbeschluss gegen Zusammenrottungen. Jede Demonstration, die nicht nach dreimaliger Aufforderung auseinander ging, konnte zusammengeschossen werden.<sup>14</sup>

*„Arbeitend leben – oder kämpfend sterben!“*

In Lyon, der zweitgrößten Stadt Frankreichs, dem Zentrum der Seidenwareindustrie, stritten die Arbeiter gegen eine Herabsetzung ihrer Löhne. Dort war die Produktionsstruktur noch durch eine Organisationsform gekennzeichnet, die dem Manufakturwesen näher stand als moderner Industrieproduktion.<sup>15</sup> An der Spitze der Sozialpyramide thronte eine kleine Oberschicht reicher Handelskapitalisten, die sich „Fabrikanten“ nannten und deren Anzahl für das Jahr 1831 exakt mit 392 angegeben wird. Sie ließen ihr Kapital „arbeiten“, indem sie mit Hilfe von Kommissionären den Rohstoff einkauften, ihn zum Zweck der Verarbeitung an zahlreiche kleinere Werkstätten verteilten und die fertigen Produkte gegen niedrigen Macherlohn pro Stück wieder einzogen, um diese mit Gewinn auf in- und ausländischen Märkten zu verkaufen.

Abhängig von diesem Verlagssystem, gliederten sich die eigentlichen Produzenten in zwei Schichten: rund 9.000 Meister, die je zwei bis acht Webstühle besaßen, an denen sie mit Familienangehörigen und Angestellten die Seidenwaren herstellten, und eben diese in den Meisterbetrieben tätigen Lohnarbeiter. Waren die Meister als Produktionsmittelbesitzer noch Vertreter des gewerblichen Kleinbürgertums, so bildeten die bei ihnen in Lohn stehenden rund 30.000 Männer, Frauen und Halbwüchsigen das frühe Proletariat der Stadt Lyon. Auf ihm lastete das ganze Sozialgerüst: Die Unternehmer drückten auf die Meister, die Meister drückten auf die Arbeiter. Weil aber Meister und Arbeiter gemeinsam für Macherlohn webten und unter dem Preisdiktat der Unternehmer standen, sahen beide in den Fabrikanten die Verursacher der sozialen Bedrückung, führten sie den Arbeitskampf vereint.

---

12 Siehe Jürgen Kuczynski: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Teil II: Die Geschichte der Lage der Arbeiter in England, in den Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich, Bd. 32: Darstellung der Lage der Arbeiter in Frankreich von 1789 bis 1848, Berlin 1967, S.186.

13 Siehe Eugène Fournière: Le Règne de Louis-Philippe 1830-1848, Paris 1906; Werner Giesselmann: „Die Manie der Revolte“. Protest unter der französischen Julimonarchie (1830-1848), 2 Halbbde., München 1993.

14 Höppner/Seidel-Höppner, Von Babeuf, Bd. 1, S.201f.

15 Siehe Eugen Tarlé: Der Lyoner Arbeiteraufstand, in: D. Rjasanov (Hrsg.): Marx-Engels-Archiv, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1927, S.56-113. Nachgedruckt in: Kurt Holzapfel (Hrsg.): Die Lyoner Arbeiteraufstände 1831 und 1834, Berlin 1984, S.103-172.

Im Herbst 1831 forderten sie eine dauerhafte Festsetzung des Stücklohn tariffs, der empfindlich sank, weil die ursprünglich führende Marktstellung der Lyoner Seidenfabrikate durch die Handelskonkurrenz der Engländer, Deutschen und Schweizer gebrochen worden war. Die Fabrikanten wälzten ihre Verluste auf die Produzenten ab und trafen damit eine Arbeiterschaft, die größtenteils unter dem Existenzminimum vegetierte. Bei fünfzehnstündigem Arbeitstag, ohne Pausen für Ruhe und Essen, erhielt ein Weber den durchschnittlichen Jahresverdienst von 450 Franken. Das amtlich berechnete Existenzminimum eines Arbeiters ohne Familie betrug jedoch 1831 für Nahrung, Kleidung, Wohnung, Licht und Heizung 547 Franken in der Stadt Lyon, 300 in den ländlichen Gebieten. Viele Lohnarbeiter und -arbeiterinnen lebten in der nördlichen Vorstadt La Croix-Rousse, wo sie in stinkenden Mietskasernen und je einem Zimmer mit fünf bis acht Personen hausten. Das Elend der Lyoner Frühproletarier war weithin bekannt. 1828 waren in der Stadt 9.032 Kinder ausgesetzt worden.

Der Präfekt Bouvier-Dumolard, ein Beamter aus Napoleons Herrschaftszeit, wollte die Not der Arbeiter lindern. Er hielt es für die Pflicht eines Staatsbeamten, im Tarifstreit zwischen Fabrikanten und Arbeitern als ein humaner und ausgleichender Schiedsrichter zu vermitteln. Deshalb berief er einen möglichst unparteiischen Sachverständigenrat ein, der am 11. Oktober erklärte: „In Betracht, daß es allgemein bekannt ist, daß viele Fabrikanten einen gar zu geringen Arbeitslohn bezahlen, ist es nützlich, daß ein Tarif für das Minimum des Arbeitspreises festgesetzt werde.“<sup>16</sup> Bis die Verhandlungen zustande kamen, vergingen zwei Wochen. Arbeiter drängten auf eine beschleunigte Lösung. Quertreibende Fabrikanten dagegen beschuldigten den Präfekten des Missbrauchs der Staatsgewalt.

Endlich, am 25. Oktober, fanden Tarifverhandlungen statt. Am Morgen zog eine Menschenmenge von La Croix-Rousse in die im Tal zwischen den Flüssen Rhône und Saône liegende Stadt hinunter. Dort stellte sie sich als düstere, schweigende Masse vor das Gebäude der Präfektur, um die Lohnentscheidung abzuwarten – unbewaffnet, nur ein Fahmentuch der Trikolore über den Köpfen. Die Verhandlungen endigten mit der Fixierung eines Minimaltarifs, von dem der zeitgenössische Historiker Louis Blanc schrieb: „So groß war die Mäßigung der Arbeiter, daß einzelne Verrichtungen, für welche man vor zwölf Tagen noch acht Sous bezahlt hatte, zugunsten der Fabrikanten um ein Achtel herabgesetzt wurden.“<sup>17</sup> Doch das Abkommen verhieß ein Ende der Lohnkürzungen, und die Sachverständigen der Präfektur versprachen, die Einhaltung des Vertrags zu überwachen. Die Proletarier illuminierten ihre Quartiere, feierten den Erfolg mit Gesängen und Tänzen.

Es gab Fabrikanten, die den Tarif für gerecht hielten, weil er die Habsucht der Lohndrücker und Preistreiber zügelte, die Lyoner Konkurrenz mäßigen konnte. Jene aber verteuflerten die amtliche Kommission und stießen Drohungen gegen

---

16 Zit. nach: Blanc, Geschichte, T. 3, S.33.

17 Ebenda, S.35.

den Präfekten aus: „Was ist dieser Tarif anderes, als ein kecker Eingriff in die Freiheit der Übereinkunft? Und wie stünde es fortan um unsere Sicherheit, wenn es der Gewalt [Staatsgewalt – H.B.] erlaubt wäre, in Sachen der Industrie einzuschreiten und den ungünstigen Forderungen der Arbeiter eine willfährige Unterstützung zu leihen?“<sup>18</sup> Mehr als hundert Fabrikanten schickten ein Protestschreiben an die Nationalversammlung. Als sich auch einige Regierungsvertreter gegen den Tarifaabschluss erklärten, bekamen der Präfekt Dumolard und sein Sachverständigenrat weiche Knie: Sie nannten das Abkommen eine bloße Ehrenverpflichtung ohne Gesetzeskraft und verabsäumten die Erfüllung ihres Versprechens, wonach sie jeden Tarifverletzer zur Rechenschaft ziehen wollten.

Der Tarif wurde fortwährend gebrochen. Die Lohnarbeiter, die sich betrogen fühlten, beschlossen einen einwöchigen Streik. Sofort reagierte Lyons Militärkommandant, indem er die kasernierten Linientruppen in Alarmbereitschaft versetzte. Die Posten der bürgerlichen Nationalgarde wurden verdoppelt. Indes wagten einige Unternehmer offene Provokationen. Ein Fabrikant empfing die Abordnung seiner hungernden Arbeiter mit Pistolen. Von einem anderen ist die Äußerung überliefert: „Wenn sie kein Brot im Bauch haben, so wollen wir ihnen Bajonette hineinstecken.“<sup>19</sup>

Am Montag, dem 21. November, war Streiktag. In La Croix-Rousse versammelten sich am frühen Morgen knapp vierhundert mit Stöcken bewaffnete Seidenarbeiter, angeführt von einem Mitglied ihrer Tarifkommission. Sie wollten, dass bis zur Anerkennung des Minimaltarifs nicht produziert wurde, und gingen in die Werkstätten, um jeden noch Tätigen zur Arbeitsniederlegung aufzufordern. Da marschierten fünfzig Nationalgardisten heran und fällten auf Kommando die Bajonette: „Wir müssen diese Kanaille da wegfegen!“ Der Lärm rief eine Menge von Arbeitern herbei, die die Truppe umzingelten, im Handgemenge entwaffneten und in die Flucht schlugen. Das Scharmützel erregte die ganze Vorstadt.

Jetzt entstand der Gedanke, die friedliche Demonstration vom 25. Oktober zu wiederholen. Die Blumenmänner bildeten Viererreihen und zogen in Kolonne talwärts, fanden aber den Weg in die Stadt von der Nationalgarde versperrt. Dies waren Gardisten der ersten Legion, die sich in der Mehrzahl aus Fabrikanten, deren Söhnen und Mitarbeitern rekrutierten. Sie hoben ihre Gewehre und feuerten in die dichte Masse der Demonstranten, so dass acht Arbeiter fielen. In wilder Erregung rannte die Menge nach Croix-Rousse zurück und schrie in den Gassen: „Zu den Waffen, man ermordet unsere Brüder!“ So begann der erste große Arbeiteraufstand der Weltgeschichte.<sup>20</sup>

---

18 Ebenda, S.35f.

19 Ebenda, S.36.

20 Benutzte Literatur zum Lyoner Weberaufstand: Bénédicte Collomb: *Détails historiques sur les journées de Lyon et les causes qui les ont précédées*, Lyon 1832; Jean Baptiste Monfalcon: *Histoire des insurrections de Lyon*, Lyon 1834; Blanc, *Geschichte*, T. 3; Tarlé, *Arbeiteraufstand*; Maurice Moissonier: *La révolte des canuts*, Lyon, novembre 1831, Paris 1958; Holzapfel, *Lyoner Arbeiteraufstände* (kritisch rezensiert von H. Bock: *Der Lyoner*

Aus den Häusern rannten die Blumenmänner, bewaffnet mit Knüppeln, Schaufeln, Mistgabeln, Jagdflinten. Nationalgardisten der Vorstadt, die zumeist Webermeister und Kleinhändler waren, fraternisierten und überließen den empörten Proletariern ihre Infanteriegewehre und zwei Kanonen. Bei dröhnendem Trommelschlag sammelte sich die Menge unter einer schwarzen Fahne, auf der die Losung geschrieben stand: „Vivre en travaillant ou mourir en combattant“ – Arbeitend leben oder kämpfend sterben! Ein Wahlspruch von Ausgebeuteten, die in der bürgerlichen Gesellschaft das „Recht auf Leben“ durch ausreichenden Arbeitslohn für sich und ihre Familien erringen wollten. Sie zogen abermals in Richtung Lyon und besetzten die Straße Grande-Côte.

Gegen Mittag rückte eine Kolonne von Nationalgardisten und Linientruppen heran, an der Spitze der Präfekt und der kommandierende General. Sie wollten die ansteigende Straße hinaufücken, an deren Ende jedoch eine starke Barrikade stand. Plötzlich stürzte aus den anliegenden Häusern ein Hagel von Steinen und Dachziegeln herab. Der Präfekt und andere wurden getroffen, die Truppe zog sich zurück. Weil die Aufständischen aber Verhandlungen anboten, stiegen der Präfekt und der General über die Barrikade. Sie gingen in die Vorstadt, um vom Balkon der Bürgermeisterei zu den versammelten Arbeitern zu sprechen, wurden aber mit gellenden Rufen empfangen: „Arbeit oder Tod!“ Kaum begann der Präfekt seine Rede, so unterbrach ihn der Lärm von Gewehrshalven, die vom Ortsrand herüberschallten. „Rache! Rache! Wir sind verraten!“ schrien die Arbeiter. Sie entrissen den beiden Ordnungshütern den Degen und setzten sie in Gefangenschaft.

Tatsächlich hatte der Kampf aufs Neue begonnen. Lyons 1.800 Mann starke Garnison und die weit zahlreichere Nationalgarde, numerisch etwa 10.000 Mann, war den Trommeln des Generalmarsches gefolgt und mit scharfer Munition ausgerüstet worden. Eine Schwadron von Dragonern ritt die Karmeliterstraße hinauf, schwärmte über die Hochebene von La Croix-Rousse und schoss – zusammen mit nachdrängenden Nationalgardisten – auf die Proletarier, die sich in ihren Häusern verschanzten und zur Wehr setzten. Es gab Tote und Verwundete. Gegen Abend veranlassten die Arbeiter den gefangenen General, seinen Truppen den Rückzug zu befehlen. Auch der Präfekt wurde aus seiner Haft entlassen, da er versprach, in der Stadt für die gerechte Sache der Arbeiter zu wirken. Einige, die Argwohn schürten, wurden von der Mehrheit laut überstimmt: „Es lebe der Vater der Arbeiter!“ Die Proletarier beklagten ihre Toten. An Lagerfeuern und in den Quartieren erwarteten sie den nächsten Tag.

Am 22. November, einem Dienstag, läuteten früh schon Lyons Kirchenglocken. Abermals schlugen die Trommler den Generalmarsch. Soldaten eines Linienregiments, das in der Nacht zur Verstärkung eingetroffen war, zogen den Karmeliterhügel hinauf, um sich noch einmal der Hochebene von La Croix-Rousse zu bemächtigen. Doch sie kamen nicht weit, eine Masse von Arbeitern zwang sie zum Rückzug. Die Wege nach Lyon lagen offen.

Wir wissen nicht genau, wie viele Blusenmänner an diesem Tag die Hügel hinunterstürmten, um sich mit verzweifelter Wut und zäher Gewalt in die Stadt zu werfen. Es müssen Tausende gewesen sein, zumal sich auch die Arbeiter der übrigen drei Vorstädte erhoben. Nicht wenige waren unter ihnen, die in Napoleons Armeen den Umgang mit Waffen gelernt hatten. Sie begannen den Aufstand mit Knüppeln, kämpften bald mit Säbeln und Bajonetten, Pistolen und Gewehren. Nationalgardisten der zweiten Legion – Kleinbürger, die sich für die Fabrikanten nicht schlagen mochten – wechselten die Front und brachten ihre Schusswaffen mit. Ein erklärter Republikaner namens Drigeard-Desgarnier, der ein Waffenmagazin besaß, verteilte seine Gewehre. Drei Waffenläden und zwei Kasernen wurden erobert und ausgeräumt. Ein Haupttrupp belagerte das Pulvermagazin.

Den ganzen Tag lang wurde an mehreren Punkten der Stadt gekämpft. Am härtesten waren die Gefechte an den Ufern und Brücken der Rhône, wo die Artillerie der Regierungstruppen über den Fluss auf die Vorstadt Les Brotteaux zielte, die Kavallerie zur Attacke ritt und die Fabrikanten aus ihren Häusern auf die von jenseits andrängenden Arbeiter schossen. Ungeachtet der Artillerie, die mit Kartätschen feuerte, stürmten die Blusenmänner über die Brücken. Schritt für Schritt und Straße für Straße schnürten sie einen Sperrring um das Stadthaus, den Sitz der örtlichen Regierung.

Dieser Kampf riss eine tiefe Kluft zwischen den Klassen auf. Selbst diejenigen Angehörigen der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums, die seit der Julirevolution die „Volksouveränität“ und das allgemeine Wahlrecht verlangt, die in Klubreden „Freiheit“ und „Gleichheit“ beschworen hatten, mussten jetzt bekennten, ob sie auch praktisch gewillt waren, die Menschen- und Bürgerrechte für alle, also auch für Proletarier zu verfechten. In dieser Stunde der Wahrheit starben die Phrasen. Die ideale Rhetorik der „Fraternité!“, der Bruderschaft aller Menschen und Bürger, erstickte im Pulverrauch, im rasenden Gewühl, wo Rache geschrien, Kämpfende niedergemacht, Leichen in die Flüsse geworfen wurden.

Am Abend hatten die Aufständischen das Pulvermagazin besetzt. Das Stadthaus und die angrenzenden Plätze waren dicht eingekreist. Die Kampfmoral vieler Liniensoldaten schien gebrochen. Man hatte in den Erzählungen von der Julirevolution den Übertritt der Linienregimenter auf die Seite des Volkes stets als eine patriotische Tat gepriesen. Jetzt war schwerlich einzusehen, dass man das Volk metzeln müsse, bloß weil es für einen vertraglichen Tarif und gegen den Hunger kämpfte. Zudem litten die Truppen selbst unter physischer Ermattung und Verpflegungsmangel. Lyons administrative und militärische Leiter, die zuletzt im Stadthaus beinahe wie in einer Mausefalle saßen, verabschiedeten um Mitternacht ein wortreiches Kommuniqué. Sein bloßer Inhalt besagte, das Militär sei „durch bedeutende Verluste hart mitgenommen“ und nicht mehr zu kämpfen gewillt, zum Teil sogar übergelaufen, und weil von der ganzen Nationalgarde nur noch wenige unter den Waffen stünden, müsse man „die Stellung des Stadthauses verlassen“, um eine vorteilhaftere Position „außerhalb der Mauern einzu-

nehmen“.<sup>21</sup> Der Präfekt wurde bestimmt, auf seinem Posten auszuharren. Dann erfolgte der Rückzug. Die Reste der Linienregimenter und einige Abteilungen der Nationalgarde retirierten mitsamt ihren Geschützen. Die Arbeiter aber waren wachsam. Wieder krachten Schüsse, gellte der Ruf „Zu den Waffen!“ In das Alarmgeläute der Kirchenglocken mischte sich noch einmal das Getöse der Artillerie, die Barrikaden zusammenschoss, um den Fluchtweg zu gewinnen. Das Rückzugsgefecht brachte neue Verluste. Keuchend, entnervt, ihre Verwundeten mitschleppend, retteten sich die Regierungstruppen in die Ortschaft Montessuy. Dort schwiegen endlich die Waffen.

Der Präfekt und die Häupter der Munizipalbehörde – der Stadtverwaltung – schlichen nun ebenfalls aus dem Stadthaus, nicht ohne eine weitere Rechtfertigung zu formulieren. Da ihnen der Schreck die Feder führte, meldet der Text, „daß in diesem Augenblick die vollständigste Desorganisation in der Stadt vorwaltet, daß der Aufstand alle Gewalten beherrscht und daß die Gesetze, die Behörden, ohne Macht sind“.<sup>22</sup> Minuten später besetzten die Aufständischen das Stadthaus, das politische Zentrum Lyons. Am 23. November 1831, morgens zwei Uhr, waren sie die Herren der Stadt.

Erst am 24. November, nachdem sich ein Nebel gelichtet hatte, begannen mechanische Telegrafen, die Nachricht des Aufstands und des Arbeitersieges zu verbreiten. Auf der Börse stürzten wieder einmal die Kurse. Die Staatsregierung beratschlagte fieberhaft. Bürokratie und Besitzbürger fürchteten gnadenlose Rache und zügellose Anarchie. – Doch Lyons Sieger überraschten durch das völlige Gegenteil. Dieben und Plünderern drohte die Todesstrafe. Kreditinstitutionen wurden geschützt, so dass keine einzige Kasse verschwand. Aus den Gefängnissen wurden die Schuldgefangenen befreit, während die Kriminellen hinter den Gittern verblieben. Die Behörden verweilten im Amt, und auch der Präfekt konnte wieder ins Stadthaus kommen, seinen Anordnungen wurde Folge geleistet. Bewaffnete Blumenmänner patrouillierten zusammen mit Nationalgardisten für „Ordnung“ und „Sicherheit“. Die Übrigen kehrten in die Werkstätten zurück und begannen wieder zu arbeiten.

Vergeblich riefen politische Regimegegner zur Bildung einer neuen Staatsspitze auf. Die Arbeiterkommission, die mit den Unternehmern über den Lohntarif verhandelt hatte und weiterhin als Repräsentant der Proletarier galt, überreichte dem Präfekten am 24. November eine durchaus loyale Adresse: „Wir müssen erklären, daß bei den eben stattgefundenen Ereignissen in Lyon politische und aufreizende Einflüsterungen von keinerlei Einfluß waren; wir sind Louis Philippe, dem König der Franzosen, und der Verfassung absolut ergeben. Wir sind von den reinsten und heißesten Gefühlen für die soziale Freiheit und für Frankreichs Aufschwung erfüllt, und wir hassen alle Parteien, die sie verletzen wollen.“<sup>23</sup>

---

21 Blanc, Geschichte, T. 3, S.45.

22 Ebenda, S.47.

23 Tarlé, Lyoner Arbeiteraufstand, S.93.



Lyons Oberstaatsanwalt hatte tägliche Geheimberichte an den Justizminister in Paris gesendet, worin er von „barbarischer Pöbelwut“ und „Katastrophe“ schrieb. Noch am 23. November meldete er im Jargon der Obrigkeit, dass die Stadt der „Anarchie“ preisgegeben sei. Am Tag darauf berichtete er mit sichtlichem Erstaunen: „Alle Widersprüche treten bei unserer Bevölkerung in Erscheinung. Sie ist hungrig – und plündert nicht; sie ist in den Aufstand getreten – und mißbraucht nicht ihren Sieg; sie hat die Obrigkeit nicht anerkannt, aber sie hat die Fahne dieser Obrigkeit nicht verlassen. Sie ging über die Kommunalbehörden hinweg, um zu kämpfen, doch nach der Schlacht bot sie diesen Behörden ihre materielle Unterstützung an. Diese Bevölkerung hat auf Rache verzichtet [...], Personen und Eigentum werden geachtet, wenn man von einem einzigen zerstörten Hause absieht.“<sup>24</sup>

Die Arbeiter hatten die Waffen im Widerstand gegen die blutige Herausforderung der Bourgeoisie und ihrer Militärgewalt ergriffen. Sie begnügten sich mit der Genugtuung ihres Sieges. Allein die Festsetzung des gerechten Lohntarifs war das Ziel ihres Kampfes, der rund tausend Tote und Verwundete gekostet hatte. Der Präfekt Bouvier-Dumolard blieb für sie eine Hoffnung und Beschwichtigung zugleich: Er schien noch immer die lebendige Garantie für gesicherte Löhne zu sein.

Indes sammelte die Regierung Louis Philippes starke Truppenverbände um Lyon. Sie beauftragte keine Geringeren als den Kriegsminister Soult und den Kronprinzen mit der militärischen Wiederbesetzung der Stadt. Dort fügte man sich dem amtlichen Gebot, die Waffen den Behörden auszuliefern. Als dann aber am 3. Dezember 1831 die Armee mit 20.000 Mann, darunter Kavallerie und Artillerie, kampfflos einrücken konnte und die Ursache der sozialen Empörung zur offiziellen Entscheidung stand – wurden die Lohnforderungen der Seidenweber abermals im Namen der „Freiheit des Handels und des Gewerbes“ verworfen. Lyons Präfekt erhielt seinen Abschied, weil er sich durch den Versuch, ein Tarifabkommen zu vermitteln, in die liberalistischen Rechte der Fabrikanten eingemischt habe.

Die Regierung des „Juste-milieu“ interpretierte das Verhältnis zwischen Unternehmern und Lohnarbeitern als eine vertragsrechtliche Beziehung frei kon Partner.<sup>25</sup> Sie hatte allerdings eilends die riesigen Machtmittel des Staats zum Einsatz gerufen, sobald es galt, die Interessen des Unternehmertums gegen die sich organisierenden Arbeiter zu schützen.

---

24 Ebenda, S.87.

25 Aus der Anweisung des Innenministers an die Präfekten der französischen Departements: „Die Natur der Dinge und die Gemeinsamkeit der Interessen der Arbeiter und Fabrikanten zwingt sie, Annäherung und Ausgleich zu suchen. Doch nur die Konkurrenz und der freie Wettbewerb muß beide zu einem Übereinkommen über den Preis der Arbeitskraft führen. Die Behörden haben weder die Mittel noch die Berechtigung, sich in die Feststellung der Löhne und noch weniger in die Aufstellung der Tarife zu mischen.“ Zit. nach: Tarlé, Lyoner Arbeiteraufstand, S.97f.

*Frñhdämmerung des Klassenbewusstseins*

Der Lyoner Weberaufstand von 1831 war die erste bewaffnete Massenerhebung des Proletariats – ein neuartiger Typus des Bürgerkriegs, der den Grundkonflikt zwischen Kapital und Arbeit, Bourgeoisie und arbeitender Klasse offenlegte. Politische Unruhen, Aufstände, Revolutionen hatte es in der früheren Geschichte viele gegeben. Stets war existenzielle Not, sozialer Aufruhr ein Faktor in diesen Kämpfen gewesen, er hatte beeinflusst, verschärft, zugespitzt. Doch die jeweiligen Zeitgenossen hatten den sozialen Kampf nur als ein untergeordnetes Element im größeren Zusammenhang politischer Konflikte aufgefasst: des Ringens um eine Erneuerung der Regierung, der Verfassung oder der Staatsform. Seit einigen Jahrzehnten waren freilich auch Arbeitskämpfe, Streiks, Maschinenstürme nicht mehr unbekannt; es gab sie in England, Frankreich, Belgien, Deutschland, überhaupt in den Ländern, wo die Industrielle Revolution zu wirken begann. Aber ein Arbeiteraufstand, der eine Regierungsarmee von rund zehntausend Mann besiegte, der eine große, international bedeutende Industrie- und Handelsstadt mit Waffengewalt eroberte, war ein noch nie geschehener Vorgang. Er war den bürgerlichen Politikern und Ideologen derart fremd, dass es ihnen schwer fiel, in dieser Erscheinung das geschichtlich neuartige Wesen eines gesellschaftlichen Grundkonflikts und sozialen Bürgerkriegs aufzufassen.

Ministerpräsident Casimir Périer, der am 25. November 1831 vor dem Abgeordnetenhaus über erste Regierungsmaßnahmen gegen den Aufstand berichtete, nannte das Ereignis zwar von „ernster Art“, sprach aber nur von traditionellen Vergeltungsschlägen mittels politischer Gewalt. Eine Adresse der Abgeordneten an den König kam dem sozialen Kern der Erscheinung etwas näher, weil die Repräsentanten des reichen Bürgertums in Lyons Arbeitererhebung eine Gefahr für den Besitzstand witterten: „Die Sicherheit der Personen ist frevlerisch angegriffen, das Eigentum ist in seinem Prinzip gefährdet, die Freiheit der Industrie ist mit Vernichtung bedroht, die Stimme der Obrigkeit ist nicht gehört worden.“<sup>26</sup> Doch auch diese Parlamentarier vermochten den König und seine Minister nur mit Argumenten des besitzbürgerlichen Konstitutionalismus zu ermutigen, wonach es galt, den Willen der allein wahlberechtigten Eigentümer gegen eine angebliche „Minorität“ von politischen Rechtsbrechern durchzusetzen. „Wir schätzen uns glücklich, Sire, Ihnen im Namen Frankreichs die Mitwirkung seiner Deputierten anzubieten, um den Frieden überall, wo er gestört werden sollte, wieder herzustellen, alle Keime der Anarchie zu ersticken, die geheiligten Grundsätze zu befestigen, auf welchen sogar die Existenz der Nation beruht, das glorreiche Werk der Julirevolution aufrecht zu erhalten und überall dem Gesetze Kraft und Recht zu sichern.“ In allen diesen Äußerungen wurde der Arbeiteraufstand grundsätzlich nur an traditionell machtpolitischen Maßstäben gemessen und wie eine Verschwörung, ein Attentat, ein Landfriedensbruch beurteilt. Als Eruption des sozialen Antagonismus der neuen Gesellschaftsordnung wurde er nicht begriffen.

---

26 Blanc, Geschichte, T. 3, S.53f.

Es war wiederum Ludwig Börne, der auf derartige Parlamentsdebatten schon während des Aufstands reagierte. Im 60. seiner „Briefe aus Paris“<sup>27</sup> nannte er einen tieferen, nämlich sozialen Konflikt: „Dieser Kasimir Périer hat darüber frohlockt, daß in den blutigen Geschichten von Lyon [...] nichts als Mord, Raub und Brand gewesen!“ Tatsächlich bedeute Lyon etwas anderes: „Der Krieg der Armen gegen die Reichen hat begonnen, und wehe jenen Staatsmännern, die zu dumm oder zu schlecht sind, zu begreifen, daß man nicht gegen die Armen, sondern gegen die Armut zu Felde ziehen müsse.“ Börne bezeichnete die Ursachen des Konflikts gemäß den Einsichten revolutionär-demokratischer Gesellschaftskritik: „Die armen Leute in Frankreich haben in der Kammer keine Stellvertreter. Die neueste französische Konstitution hat [...] die alte Ungerechtigkeit, die alte erbärmliche Philisterpolitik beibehalten, das Wahlrecht an den Besitz gebunden und die Besitzlosen auch ehrlos gemacht. [...] Die reichen Leute machen allein die Gesetze, sie allein verteilen die Auflagen, davon sie den größten und schwersten Teil den Armen aufbürden.“ Der Kritiker verurteilte die erhöhte Besteuerung der Grundnahrungsmittel und der Kohlen, die Kürzung der Löhne. „Und nach allen diesen Abscheulichkeiten kommen sie und lästern über die Unglücklichen, die nichts zu verlieren haben, und fordern die reichen Leute auf, gegen das wilde Tier, Volk, auf seiner Hut zu sein!“

Dieser deutsche Publizist und Revolutionär erkannte, dass der bürgerliche Staat in Frankreich – ebenso in Großbritannien – nicht bloß die Macht der herrschenden Regierungsfractionen, sondern die Eigentümerinteressen der gesamten Bourgeoisie gegen die arbeitenden Klassen vertrat. Wie vormals Marat und Robespierre, so interpretierte er die soziale Frage als Ausfluss der politischen Entrechtung der Massen. Daher sollte deren Lage durch die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, die Veränderung der Staatsform, die Schaffung einer demokratischen Republik entscheidend gebessert werden. Die Revolution, die 1789 begonnen hatte, schien noch lange nicht ans Ziel gekommen. Noch immer sollte die konsequente Einlösung der früheren Verheißungen erfolgen: Menschen- und Bürgerrechte für alle! – Weil aber die Herrschenden des „Justemilieu“ jede Einsicht und jedes Reformstreben vermissen ließen, wodurch „die bürgerliche Ordnung auf Weisheit, Gerechtigkeit und Tugend zu gründen“ wäre, wagte der Pariser Briefsteller eine drohende Voraussage. Der „Krieg der Armen gegen die Reichen“ werde zu einer neuen, gewaltigen Revolution führen: „Nicht gegen den Besitz, nur gegen die Vorrechte der Reichen streitet das Volk; wenn aber diese Vorrechte sich hinter dem Besitze verschanzen, wie will das Volk die Gleichheit, die ihm gebührt, anders erobern, als indem es den Besitz erstürmt?“ Bereits eine Woche später vollzog sich, was Börne von den herrschenden Regierungsfractionen behauptet hatte. Das „Journal des Débats“, die Zeitung der herrschenden Finanzaristokratie, alarmierte am 8. Dezember 1831 (fünf Tage nach der Wiederbesetzung Lyons) alle Schichten des Bürgertums gegen eine

---

27 Börne, Briefe aus Paris. Sechzigster Brief. 1. Dezember 1831, in: Ders: Sämtliche Schriften, Bd. 3, S.371-379.

unausweichliche Gefahr: „Der Lyoner Aufstand hat ein wichtiges Geheimnis aufgedeckt: den Kampf innerhalb der Gesellschaft zwischen der Klasse der Besitzenden und der Klasse der Besitzlosen.“<sup>28</sup> Dieser Wortlaut meinte tatsächlich den objektiv existierenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit – das Krebsgeschwür der bürgerlichen Ordnung, die seit 1789 gegen den Feudaladel erkämpft und schrittweise ausgestaltet worden war. So lauteten weitere Textteile: „Unsere Handels- und Industriegesellschaft hat wie alle anderen Gesellschaften ihre Wunde: die Arbeiter. Es gibt keine Fabrik ohne Arbeiter, doch bei einer immer wachsenden und immer bedürftigen Arbeiterbevölkerung gibt es keine Ruhe für die Gesellschaft [...]. Die Barbaren, die die Gesellschaft bedrohen, [...] hausen in den Vororten unserer Fabrikstädte [...]. Sie leiden Elend. Wie sollten sie keine besseren Zustände anstreben? [...] Wie könnten sie der Versuchung widerstehen, einen Überfall auf die Bourgeoisie zu machen? Sie sind stärker, zahlreicher [...]. Es ist notwendig, daß sich die Mittelklasse vollständig der Lage der Dinge bewußt werde“.

Auf diese objektiv scheinende Situationsbeschreibung folgte die harsche Agitation, gerichtet an die Adresse sämtlicher Besitzbürger. Sie suggerierte ein politisches Verhaltensgebot: „Die Mittelklasse wäre betrogen, wenn sie sich von irgendwelchen demagogischen Grundsätzen dazu hinreißen ließe, ihren Feinden dummerweise Waffen und Rechte einzuräumen, wenn sie die proletarische Flut in die Nationalgarde, in die Gemeindeinstitutionen hineinließe, wenn sie ihr die Wahlgesetze und alles, was zum Staat gehört, zugänglich machte. [...] Es handelt sich hier nicht um die Republik, nicht um die Monarchie, es handelt sich um die Rettung der Gesellschaft.“ Das war die Interpretation des „Kriegs der Armen gegen die Reichen“ vom Standpunkt des bevorrechteten „Eigentums“, der kapitalistischen Ausbeutung und des bürgerlichen Staats. Die Finanzbourgeoisie trommelte die ganze „Mittelklasse“ – insbesondere die Industrie- und Handelsbourgeoisie – zur Sammlung gegen das frühe Proletariat.<sup>29</sup>

Freilich hatten die Blumenmänner Lyons nur für soziale Forderungen gekämpft. Aber der Bürgerkrieg, die Entwaffnung der Aufständischen, die militärische Besetzung der Stadt, die erneute Zurückweisung der Tarifvereinbarung – dies

---

28 Tarlé, Lyoner Arbeiteraufstand, S.93ff.

29 Weitere Textproben bezeugen das Bemühen, die „Mittelklasse“ unter der Staatsflagge des finanzaristokratischen Regimes zu versammeln: „Neben der Mittelklasse gibt es eine proletarische Bevölkerung, die sich in einem Zustand der Erregung befindet und von Zuckungen ergriffen ist, die nicht weiß, was sie will, wohin sie geht, was sie angeht. Sie will eine Veränderung. Das ist eine Gefahr für die moderne Gesellschaft, daraus können Barbaren entstehen, die diese Gesellschaft zerstören. Man kann doch nicht wünschen, daß die Gesellschaft auf den Kopf gestellt werde und daß der Schwanz die Stelle des Kopfes einnehme. [...] Es hieße gegen die Erhaltung der Gesellschaft vorgehen, wollte man denjenigen politische Rechte und nationale Waffen geben, die nichts zu verteidigen haben und die alles nehmen können. Das sollte die Mittelklasse besser als irgend jemand aus den Lyoner Ereignissen erkennen, sonst ist sie betrogen und hat ihren eigenen Untergang heraufbeschworen.“ Zit. nach: ebenda.

alles rief ernüchternde Wirkungen hervor. Der Oberstaatsanwalt von Lyon meldete hinfort ein grassierendes „Koalitionsfieber“ bei der Arbeiterschaft. Obwohl die wirtschaftliche Krise im folgenden Jahr 1832 abflaute, erreichten die Streiks in den französischen Städten ein bislang nie gekanntes Ausmaß. Immer öfter wurde in diesen Arbeitskämpfen auf den Weberaufstand gewiesen und immer bewusster wurde Kritik formuliert. Das „Bürgerkönigtum“ Louis Philippes erschien nicht mehr als die Heimstatt der Menschen- und Bürgerrechte, wofür noch die Masse der Julirevolutionäre gekämpft hatte. Es war eine Monarchie der „Reichen“, ein Staat, der nicht zögerte, im Notfall den ganzen gewaltigen Staatsapparat für die Interessen der großen und mittleren Eigentümer einzusetzen. Diese Erfahrung trieb neue Fragen und Gedanken hervor. Es gab Arbeiter, die nun begriffen, dass eine starre Abgrenzung der sozialen Lohnkämpfe gegenüber der republikanischen Opposition, den erklärten Gegnern des „Juste-milieu“, falsch sei. Weil aber die Arbeitnehmer seit 1791 durch das „Gesetz Le Chapelier“, also durch Koalitionsverbot geknebelt waren, entbehrten sie eigener Organisationen und erfahrener Arbeiterführer. So wandten sich die aktivsten proletarischen Elemente nunmehr den bewusst kämpfenden Demokraten zu.

Es waren politische Klubs, die Frühform des Parteiwesens, in denen sich die demokratisch gesinnten Oppositionellen vereinten.<sup>30</sup> Sieht man ab von der Koterie des gestürzten Restaurationsregimes, des Adels und seines Rattenschwanzes, so wurde der Geist der Klubs von Intellektuellen bestimmt: Rechtsanwälten und Journalisten, Lehrern und Studenten, Schriftstellern und Künstlern, Ärzten und Wissenschaftlern. Aus den Blättern der Überlieferung tritt für die Jahre von 1830 bis 1832 die „Société des amis du peuple“ (Gesellschaft der Volksfreunde) am deutlichsten hervor.<sup>31</sup> Ihren Kern bildeten wahrhafte Revolutionäre, die unter der Restauration der Bourbonen als „Carbonari“ im Untergrund und in den Julitagen auf den Barrikaden gekämpft hatten, jetzt aber in aller Öffentlichkeit das schon erwähnte „Stadthausprogramm“ als ihre politische Plattform verfochten. Der Name der Sozietät gemahnte an die Große Revolution, konkret an Jean-Paul Marat und sein Journal „Ami du peuple“, womit der Publizist des einstigen Jakobinertums gegen die Konterrevolution des Adels, aber auch gegen die spekulierenden, kapitalheckenden, machtgeilen Revolutionsgewinnler der Bourgeoisie gestritten hatte. Marats selbsternannte Erben sahen in der historischen Jakobinerdiktatur den bislang konsequentesten Versuch einer revolutionär-demokratischen Staatsform. Sie verharrten daher nicht im liberalistischen Geist der

---

30 Siehe Johann Sporschil: Der bisherige Kampf der französischen Republikaner gegen Ludwig Philipp, König der Franzosen, Leipzig 1834; Lucien de la Hodde: Histoire des sociétés secrètes et du parti républicain de 1830 à 1848, Paris 1850, S.37-44; Georges Weill: Histoire du parti républicain en France de 1814 à 1870, Paris 1900; J. Tschernoff: Le parti républicain sous la Monarchie de Juillet. Formation et évolution de la doctrine républicaine, Paris 1901, S.236-271; Gabriel Perreux: La propagande républicaine au début de la Monarchie de Juillet (1830-1835), Paris 1931, S.1-14; Höppner/Seidel-Höppner, Von Babeuf, Bd. 1, S.209-214.

31 Siehe La société des amis du peuple 1830-1832, Paris 1974.

Deklaration von 1789 oder gar der monarchistischen Konstitution von 1791 – vielmehr bevorzugten sie die republikanischen Verfassungsideen von 1793.

Das Denken der Großen Revolution war ursprünglich von der Grundthese der Aufklärung – der „natürlichen Gleichheit aller Menschen“ – ausgegangen; „Freiheit“ und „Gleichheit“ erschienen als das Gemeinsame der Nation und der Menschheit. Auch das politisch führende Bürgertum hatte „Liberté“ und „Égalité“ als Schlachtruf benutzt, der alle, die die Aristokratie des Feudalsystems anfochten, mit Leidenschaft und Streitbarkeit erfüllte. Doch dann war erfahren worden, wie „Liberté“ zur besitzbürgerlichen Phrase, wie „Égalité“ zur formalrechtlichen „Gleichheit“ bei realer Ungleichheit der „Reichen“ und „Armen“ degenerierte. Die bürgerliche Führungsklasse der Revolution erhob den Vorrang und die Sicherheit des „Eigentums“ zum Kardinalprinzip der neuen Ordnung und widersprach damit den Erwartungen und Verheißungen von 1789. „Freiheit“ und „Gleichheit“ dienten der Schönfärbung des Liberalismus, womit die aufsteigende Eigentümerklasse ihre wahren wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen verhüllte, zugleich aber ihren Anspruch auf Rechtsetzung, Gesetzestreue und Ehrbarkeit in Staat und Gesellschaft verkündete.

Die jakobinischen Kritiker dieser Revolutionsresultate hatten aber den besitzbürgerlichen „Freiheits“-Begriff korrigiert und den Volksbedürfnissen angenähert: Sie verknüpften „Liberté“ mit dem „Recht auf Leben“ – was in der Verfassung von 1793 weitere Grundprinzipien zur Folge hatte: so das allgemeine Wahlrecht und die Rechenschaftspflicht der Deputierten vor ihren Wählern, das Recht auf Arbeit und Unterhalt, das Recht auf Bildung, sogar das Recht auf Widerstand gegen Bedrückung, also weitere Revolution. Das war das Erbe, das jetzt von den „Volksfreunden“ rezipiert wurde. Auch Ludwig Börne, der ihre Versammlungen in Paris besuchte, urteilte gemäß dieser Ideen und Einsichten.

Heinrich Heine erkannte die Republikaner im Herbst 1831 an ihren breitrandigen, schwarzleinenen Hüten, hörte sie aus den Schriften der historischen Jakobiner zitieren, sah sie demonstrativ mit dem Bildnis Robespierres auftreten.<sup>32</sup> Gerade bei diesem fanden die „Volksfreunde“ die Leitideen republikanischer Tugend mit der Sorge vor jener sozialen Verelendung gepaart, die auch das brennende Problem der Gegenwart war. Sie übernahmen die Interpretation des „Eigentums“ und die sozialpolitische Fürsorgepflicht der Bürgerschaft, die auf dem Gipfel des Jakobinertums formuliert worden waren: „Das Eigentumsrecht wird wie alle anderen Rechte *begrenzt* durch die Verpflichtung, die Rechte des anderen zu achten [...]. *Die Gesellschaft ist verpflichtet, für den Lebensunterhalt aller ihrer Glieder zu sorgen*, indem sie ihnen *Arbeit* gibt oder denen, die arbeitsunfähig sind, die *Existenzmöglichkeit sichert*.“<sup>33</sup> Auch Robespierres letzte Konventsrede vom 8.

32 Siehe Heinrich Heine: Französische Zustände. Artikel III. Paris, 10. Februar 1832, in: Ders: Werke und Briefe, Bd. 4, hrsg. v. Hans Kaufmann, Berlin 1970, S.403-414.

33 Maximilien Robespierre: Eigentum und Menschenrechte, April 1793, in: Habt Ihr eine Revolution ohne Revolution gewollt? Reden, hrsg. v. Kurt Schnelle, Leipzig 1958, S.251f. Hervorhebung – H.B.

Thermidor 1794 enthielt viel zitierte Texte, an die gegen die Bereicherung der Reichen, die skrupellose Ausnutzung der liberalistischen Ordnung erinnert wurde: „Ich sehe die Welt bevölkert von Betrogenen und Gaunern; aber die Zahl der Gauner ist kleiner: Es sind die, welche man für die Verbrechen und die Leiden in der Welt bestrafen muß [...]. Es geht darum, die öffentliche Moral und die erhaltenden Freiheitsprinzipien zu retten; es geht darum, alle edlen Vaterlandsfreunde der Unterdrückung zu entreißen.“<sup>34</sup> Heine nannte diese Rede das „Evangelium“ der „Amis du peuple“.<sup>35</sup> Die neuen Volksfreunde bekämpften das „Juste-milieu“ von 1831 mit der Moralität des republikanischen Citoyen von 1793. Sie stellten Tugend und Sittenstrenge dem Machthunger und der Genusssucht entgegen, womit der durch Ausbeutung und Spekulation wuchernde Reichtum die wenig Bemittelten und gänzlich Armen übervorteilte und provozierte.

Allerdings übertrugen die „Volksfreunde“ den historischen Republikanismus Robespierres auf eine Wirklichkeit, deren soziale Schichtung und Konfliktsituationen weit komplizierter geworden waren. Das frühere Frankreich der Girondisten, Jakobiner und Thermidorianer glich nicht der entwickelteren Gesellschaft des „Juste-milieu“. Aber schon damals hatte es Revolutionäre gegeben, die sich gegen die Bourgeoisie nicht bloß als der bevorrechteten, sondern auch der ausbeutenden Klasse wandten. Anders als die Jakobiner hatten sie das heilige Recht des „Eigentums“ nicht anerkannt, daher nicht bloß demokratisch-revolutionäre, sondern sozial-revolutionäre Ziele verfolgt – und sie waren gerade deshalb in den Kerkern des Bürgertums, sogar der Jakobiner, vernichtet worden. Die öffentliche Erinnerung daran blieb mehr als drei Jahrzehnte lang von den wechselnden Regimes des Direktoriums, des Kaisers Napoleon, der restaurativen Bourbonendynastie unterdrückt. Das aber kennt man ja: Der Leser von heute kann sich gut vorstellen, wie alternative Gesellschafts- und Sozialkonzepte mit- samt ihren Vorkämpfern der regierungsamtlichen Verdrängung und Verteufelung, sogar dem offiziellen Vergessen anheim fallen. So auch damals, als die Erinnerung an das kapitalkritische Erbe bewusst vergessen gemacht wurde. Doch es erhebt sich die Frage: Wie lange bleibt solch staatliche „Geschichtspolitik“ von Erfolg gekrönt?

Nach der Julirevolution kehrte ein 70-jähriger Veteran der Großen Revolution unerkannt nach Paris zurück. Er verbarg sich in einem Arbeiterviertel, fristete dort seinen Lebensunterhalt als Sprach- und Musiklehrer, nahm insgeheim Kontakt zu den oppositionellen Demokraten auf. Der in Italien geborene Filippo Buonarroti, Nachfahre Michelangelos und ehemaliger Rechtsanwalt, war Freund Robespierres, dann Teilnehmer an der Verschwörung des frühen Kommunisten Gracchus Babeuf gewesen, und er hatte für seine zunehmend antikapitalistische Gesinnung und antibourgeoise Geheimtätigkeit sein Leben in Illegalität, Verbannung und Emigration verbringen müssen. Augen- und Tatzeuge verdrängter Historie, veröffentlichte er 1828 in Brüssel eine Darstellung und Dokumentation

---

34 Ebenda, S.373f.

35 Heine, *Französische Zustände*, S.409.

jener „Verschwörung für die Gleichheit“, die 1796 entdeckt, durch Todesurteile, Kerkerstrafen, Deportation ausgelöscht worden war.<sup>36</sup>

Jetzt gründete er mit wenigen Gesinnungsfreunden die „Charbonnerie démocratique universelle“, den „Weltbund demokratischer Carbonari“, der sich von den früheren nationalen Geheimbünden gleichen Namens dadurch unterschied, dass er eine länderübergreifende Vereinigung aller „Freunde der Gleichheit“ – ungeachtet ihrer Nationalitäten und Religionen – sein wollte. Die Mitglieder, die sich gegen polizeiliche Nachforschungen durch strenge Konspiration tarnten, standen nach ihrer Anzahl gewiss im Missverhältnis zum internationalen Anspruch dieses Bundes. Doch ihre Ideen, die entschieden gegen die „Aristokratie des Reichtums“ gerichtet waren und im Namen der „Gleichheit“ die Glut für eine neue Revolution schürten, fanden sich bald in den oppositionellen Klubs und Journalen wieder. Die jüngere Generation erkannte in Buonarrotis Verschwörungsbericht die unterdrückte Wahrheit, und falls sie dem Veteranen selbst begegnete, erlebte sie durch ihn die Faszination politischer Erfahrung, menschlicher Würde, unbestechlicher Überzeugungstreue. Exemplare seines Buches gingen von Hand zu Hand, auch im Gefängnis verschlang man die heiße Lektüre. Immer öfter tauchten in Reden und Artikeln, die „die Sache des Volkes“ verteidigen wollten, aus der Schrift entnommene Gedanken und Textteile auf. Man fand eine Interpretation der „Freiheit“ und der „Gleichheit“, die über jakobinisches Denken und bürgerlich-demokratischen Republikanismus hinausführte. Das Privateigentum sei eine „Erfindung des bürgerlichen Gesetzbuches“ und keinesfalls anzuerkennen; es stehe im Widerspruch zu den Gesetzen der Natur und sei ein Hindernis der „natürlichen Gleichheit aller Menschen“. Daher müssten die individualistischen Freiheitsrechte des „Eigentums“ zugunsten einer „Gemeinschaftlichkeit von Gütern und Arbeiten“ korrigiert werden, um „auf immer die Quelle aller Ungleichheiten zu verstopfen und alle Vorurteile und Leiden, die davon kommen, abzuschaffen“.<sup>37</sup> In den Kommentaren zum authentischen Berichtsteil seines Buches erklärte Buonarroti das „Gleichheitssystem“ Babeufs und der Mitverschworenen – „Babouvisten“ genannt – als eine Alternative zum Liberalismus der Großen Revolution: „Von der ungleichen Verteilung der Güter und der Macht kommen alle Zerrüttungen, über die sich

---

36 Siehe Ph. Buonarroti: *Conspiration pour l'égalité dite de Babeuf*, 2 vol., Bruxelles 1828, weitere Ausgabe, Paris 1830 (wieder hrsg. v. Georges Lefebvre, Paris 1957); Ph. Buonarroti: *Babeuf und die Verschwörung für die Gleichheit mit dem durch sie veranlaßten Prozess und den Belegstücken*, hrsg. v. Anna u. Wilhelm Blos, Stuttgart 1909; Samuel Bernstein: *Buonarroti*, Paris 1949; François Noël Babeuf: *Ausgewählte Schriften*, hrsg. v. G. u. C. Willard, Berlin 1956; Elizabeth Lewinsohn Eisenstein: *The first professional Revolutionist: Filippo Michele Buonarroti (1761-1837)*, Cambridge 1959; Rudolf Herrnstadt: *Die Entdeckung der Klassen. Die Geschichte des Begriffs Klasse von den Anfängen bis zum Vorabend der Pariser Julirevolution 1830*, Berlin 1965, S.213-251; Höppner/Seidel-Höppner, *Von Babeuf*, Bd. 1, S.221-229, Bd. 2: *Texte*, Leipzig 1975, S.84-111; Katharina u. Matthias Middell: *François Noël Babeuf. Märtyrer der Gleichheit*, Berlin 1988.

37 Zit. nach: Buonarroti, Babeuf, S.183f.



neun Zehntel der Bewohner der zivilisierten Länder mit Recht beklagen. Von daher kommen ihre Entbehrungen und Leiden, ihre Erniedrigung und Sklaverei. Von daher auch kommt jene Ungleichheit an Bildung, die man aus eigennützigen Motiven fälschlicherweise einer überbewerteten geistigen Ungleichheit zuschreibt.“<sup>38</sup>

Das Übel beschreiben hieß, die Mittel seiner Überwindung zu nennen. Da zeigte sich, wie das demokratische Prinzip der „Volkssouveränität“ eine Zielsetzung erhielt, die durch Entmachtung der „Aristokratie des Reichtums“ die soziale Frage der Arbeitenden und der Armen zu lösen beabsichtigte: „*Reichtum und Macht der einzelnen sind in gerechten Grenzen zu halten*, die von den Einrichtungen einer wahren Gesellschaft abgesteckt werden müssen; die *Macht* dadurch, daß die gesellschaftlichen Einrichtungen alle Bürger gleichermaßen dem von allen geschaffenen Gesetz unterwerfen; der *Reichtum* dadurch, daß sie die Dinge so regeln, daß *jeder genug und keiner zuviel* hat. Darin besteht die Gleichheit, von der in diesem Werk die Rede ist.“<sup>39</sup> Die Forderung der „Gleichheit“ beschränkte sich also nicht auf Staatsformen und ihre bürgerliche Gesetzlichkeit, etwa die formal-demokratischen Rechte einer Republik vom Typus de Jakobinerdiktatur. Sie bezweckte vielmehr die Sicherung des materiellen Lebens für alle Individuen in einer „großen, vollständigen, nationalen Gütergemeinschaft“. Nicht nur die *Klassenvorrechte* – die *Klassenunterschiede* sollten beseitigt werden.<sup>40</sup>

Diese Überwindung der real existierenden Gesellschaft erschien als eine Aufgabe der humanitären Moral, des freien Willens, der organisierten Kraft einer Mehrheit, die sich gegen die Unmoral einer nach Besitztümern und Herrschaft gierenden Minderheit wenden müsse. „Die Gleichheit, deren Idee Grundlage der Gesellschaftlichkeit und Trost der Unglücklichen ist, stellt nur in den Augen jener Menschen ein Trugbild dar, die durch die Liebe zu Reichtum und Macht verdorben sind.“<sup>41</sup>

Für die sozial-revolutionäre Morallehre der „Freunde der Gleichheit“ figurierte Filippo Buonarroti als ein berufener Zeuge und wahrhaft reiner Apostel. Seine ideelle Überzeugungskraft brachte bei den „Amis du peuple“ und den nachfolgenden Vereinigungen eine Strömung hervor, die Einfluss auf die Arbeiterschaft gewinnen konnte. Geschichtsbewusste Demokraten vermittelten den Proletariern das Lehrgut der revolutionären Traditionen Frankreichs – und umgekehrt verschafften interessierte Proletarier der Gesellschaftskritik der Demokraten den breiteren sozialen Unterbau. Indem die Linken des Bürgertums in der arbeitenden Klasse die potentielle Massenbasis erkannten, derer der Kampf für eine „freie“ und „gleiche“ Republik bedurfte, nahmen sie die sozialen Fragen des Proletariats in ihre Theorie und Praxis auf. So zogen die „Volksfreunde“ des

---

38 Zit. nach: Höppner/Seidel-Höppner, Von Babeuf, Bd. 2, S.90f.

39 Ebenda, S.91. Hervorhebung – H.B.

40 Siehe Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: MEW, Bd. 19, S.189-228, hier S.191.

41 Zit. nach: Höppner/Seidel-Höppner, Von Babeuf, Bd. 2, S.88.

Sonntags in die Arbeitervorstädte und Dörfer, hielten Vorträge, lenkten Diskussionen, gaben gemeinbildenden Unterricht und Beistand für den Streit gegen die Unternehmer. Journale und Flugblätter berichteten über Arbeitskämpfe, veröffentlichten Proteste gegen die Verhaftung von Streikenden, organisierten Solidaritätsaktionen für deren Familien. Rechtsanwälte verteidigten Arbeiter, die wegen Koalitionsbildung vor Gericht gezerzt wurden. Es entstanden Sektionen der Bauarbeiter und der Schneider. Bei Straßendemonstrationen verbanden sich proletarische Losungen mit der Forderung der Demokraten: „Es lebe die Arbeit! Es lebe die Republik!“

Infolge der Erfahrung des Lyoner Weberaufstands und der Wirkungen Buonarrotis begnügte man sich nicht mehr mit den rein politischen Forderungen des „Stadthausprogramms“. Stattdessen wurden sozialpolitische Ansprüche formuliert: Abschaffung der Monopole, Gewährung staatlicher Kredite, kostenlose Erziehung, Senkung der Warenpreise, Verzicht auf indirekte Steuern, Einführung einer Progressivsteuer gemäß der Einkommenshöhe des Staatsbürgers. Das allgemeine Wahlrecht – die zentrale Forderung der Demokraten – wurde nicht mehr als Ziel, sondern als Mittel eines Kampfes bezeichnet, der letzten Endes die Umwälzung der Gesellschaft bezweckte. Man sprach von „sozialer Reform“, meinte aber eine Revolution, die inmitten der kapitalistischen Klassengesellschaft das Ziel der gleichen Verteilung von Gewinn und Lasten, die vollkommene Herrschaft der „Gleichheit“ anstrebte. Alles in allem: Es kam eine Bewegung in Gang, die den republikanischen Demokratismus durch soziale Arbeiterfragen erweiterte. Die aktuelle Rezeption Robespierres übernahm Elemente aus dem Erbe Babeufs.<sup>42</sup>

### *Optimistisches Requiem*

Am 1. Februar 1832 sprach ein junger Demokrat in Paris auf öffentlicher Versammlung des Zentralbüros der „Amis du peuple“. Vor fünfzehnhundert Menschen verspottete er die Bourgeoisie, die in König Louis Philippe „la boutique incarnée“, den fleischgewordenen Kramladen, gewählt habe – in egoistischem Interesse, nicht im Allgemeininteresse des Volkes von Frankreich. Heinrich Heine, der anwesend war, nannte dies „eine Rede voll Geist, Redlichkeit und Grimm“.<sup>43</sup> Weil er aber nur die Tugendlehre, die „republikanische Strenge“ Robespierres zu hören glaubte, mochte er eine spöttische Bemerkung nicht zu-

---

42 Da wir hier nur die französischen Verhältnisse bis zum Winter 1831/32 betrachten, sei auf eine darüber hinaus führende Arbeit verwiesen: Waltraut Seidel-Höppner: Die Große Französische Revolution im Denken des Bundes der Geächteten und des Bundes der Gerechten, in: Walter Schmidt/Wolfgang Küttler/Gustav Seeber (Hrsg.): Große Französische Revolution und revolutionäre Arbeiterbewegung. Geschichtsbewußtsein, Gesellschaftstheorie und revolutionärer Kampf, Berlin 1989, S.1ff.; Heinz Köller: Verbürgerlichung der Welt. Zur Weltgeschichte von 1770 bis 1870, Kap. 10: Die Arbeiterklasse und ihre frühproletarischen Bestrebungen. Von den Utopien zum Marxismus, Hamburg 2004, S.319ff.

43 Heine, Französische Zustände, S.407.

rückhalten: „Die Versammlung roch ganz wie ein zerlesenes, klebrichtes Exemplar des ‚Moniteur‘ von 1793.“ In Wirklichkeit aber dachte dieser Redner erheblich über den historischen Jakobinismus hinaus: Es gehe darum, „die menschenmörderische Organisation der Gesellschaft so umzuformen, daß der Gewinn der Arbeit den Arbeitern zukomme und keiner das Instrument eines anderen sei“.<sup>44</sup>

Louis-Auguste Blanqui – zuvor „Carbonari“, Führer der Studentenbewegung und Mitstreiter der Julirevolution – hatte drei Wochen zuvor, am 12. Januar 1832, mit weiteren 14 Mitgliedern der „Volksfreunde“ vor dem Geschworenengericht des Pariser Departements wegen regierungsfeindlicher Tätigkeit unter Anklage gestanden. Er hatte auch dort bezeugt, wie sehr das von den Jakobinern abgeleitete Republikanertum von der „sozialen Frage“ der Arbeiter durchdrungen war: Für 30 Millionen Franzosen verlangte er die Erfüllung des „Rechts auf Leben“. Der Staatsanwalt denunzierte diesen Anspruch als eine Grundgefahr der bestehenden Gesellschaft. „Sehen Sie“, warnte er die Richter und die Geschworenen, „das ist der Krieg der Armen gegen die Reichen; allen Besitzenden muß daran liegen, den Ansturm abzuwehren. Wir führen Ihnen Ihre Feinde vor; schlagen Sie diese, bevor sie noch furchtbarer werden.“<sup>45</sup>

Als der staatlich besoldete Sicherheitsmann einen solchen Ton anschlug, zerriss Blanqui den Schleier der schönen Lügen, die Illusionen der Julirevolution. Er entlarvte die durch sie gewonnene „Freiheit“ als das Vorrecht der besitzenden Minderheit, deren Existenzbedingung die Unfreiheit der arbeitenden Mehrheit war. So verwandelte er die Bank des Angeklagten in eine Volkstribüne revolutionärer und zugleich sozialer Demokratie. Dieser Tribun entlarvte die demagogische Deutungsmacht der Bourgeoisie, indem er die Verursacher und die Leidtragenden des sozialen Antagonismus gemäß dem Vordenken Babeufs auf genaue und richtige Weise bezeichnete: „Dies ist *der Krieg zwischen Reichen und Armen; die Reichen haben es so gewollt, denn sie sind die Angreifer* [...] Es ist nicht das erstemal, daß sich die Schinder als Opfer hinstellen“.<sup>46</sup> Der Lyoner Aufstand war noch frisch im Bewusstsein der Zeitgenossen, so dass Blanquis Argumentation höchst aktuell wirkte. „Welch einen Abgrund enthüllten die Lyoner Ereignisse unseren Augen! Das ganze Land war aufgewühlt von Mitgefühl angesichts dieser Armee halbverhungelter Gespenster, die in das Kartätschenfeuer liefen, um wenigstens auf einen Schlag zu sterben [...]. Diese Männer [...], die ganz Europa zu seiner Erneuerung nötig hatte, ringen mit dem Hunger [...]. Das haben die Doktrinäre aus dem Frankreich der Julirevolution gemacht. [...] Wer hätte gedacht, daß diese Arbeiter vor Elend auf eben dem Straßenpflaster sterben würden, das sie sich erobert hatten, und daß [man sie] zur *Plage der Gesellschaft* stempeln könnte.“<sup>47</sup>

44 Roger Garaudy: Die französischen Quellen des wissenschaftlichen Sozialismus, Berlin 1954, S.170.

45 Zit. nach: Höppner/Seidel-Höppner, Von Babeuf, Bd. 2, S.509.

46 Ebenda.

47 Ebenda, S.510-514.

Der Kampf für den Erhalt der bürgerlichen Verfassung, der in der „heißen Julwoche“ geführt worden war, erschien angesichts der neuen Klassenkonflikte in einer neuen historischen Perspektive. So wagte Blanqui die Voraussage einer weit größeren, nämlich sozialen Revolution. Er sah ihre Ideen – Gewehr- und Kugeln vergleichbar – künftig in vielen Ländern einschlagen. „Meine Herren, ist es nicht etwas unvorsichtig, Menschen so schonungslos zu beschimpfen, die euch einen Vorgeschmack ihrer Kraft gegeben haben und sich nun in einer Lage befinden, schlimmer als jene, die sie zum Kampf trieb. [...] Es ist leicht, Männern das Bajonett auf die Brust zu setzen, die ihre Waffen nach dem Sieg abgeliefert haben [...]. Die Gewehre des Juli habt ihr beschlagnahmt. Gewiß, aber die Kugeln sind abgefeuert. Jede Kugel der Pariser Arbeiter nimmt ihren Weg um den Erdball, und alle treffen ohne Unterlaß. Sie treffen so lange, bis kein einziger Feind der Freiheit und des Glücks des Volkes mehr aufrecht steht.“ Die Rede des Angeklagten und Anklägers erklang anderthalb Jahre nach den „glorreichen Julitagen“ von Paris und kurz nach dem Aufstand der Seidenweber Lyons. Der 27-jährige Agitator, der die Revolution von 1789 noch längst nicht am Ziel sah, sollte noch reifen – ganz wie die Bewegung, für die er gesprochen hatte: zum kommenden Mann des kommenden Proletariats, zum namhaftesten französischen Arbeiterführer des 19. Jahrhunderts.

Jetzt aber war noch die Zeit, da Premierminister Casimir Périer zur Konfliktlösung aller Franzosen den zynischen Ratschlag gab: „Enrichissez-vous!“ Bereichert Euch! – Es war die Zeit, da die Republikaner der „Amis du peuple“ jenen bewaffneten und scheiternden Aufstand wagten, dem Victor Hugo in „Les Misérables“ ein literarisches Denkmal setzte. – Es war auch die Zeit der streitbaren Karikaturen.<sup>48</sup> Honoré Daumier ließ die gefallenen Julirevolutionäre aus ihren Gräbern auferstehen und mit ironischer Bitterkeit sagen: „Das war wahrlich der Mühe wert, dafür unser Leben zu opfern!“ Und Charles Philipon, Herausgeber der Zeitschriften „La Charicature“ und „Le Charivari“, entdeckte, wie sehr der Kopf des „Bürgerkönigs“ der Form einer Birne glich. Er brachte die willkommene Beobachtung zu Papier und versah die Zeichnung mit beißendem Kommentar: „Adam hat uns durch den Apfel ins Unglück gestürzt und Lafayette durch die Birne.“

Der Mythos der Freiheit, den Eugène Delacroix, der Maler der Julirevolution, verewigen wollte, wurde hinterfragt und bald korrigiert durch die Ideen einer neuen und besseren Revolution.<sup>49</sup>

---

48 Michael Marrinan: *Painting politics for Louis-Philippe. Art and ideology in Orleanist France, 1830-1848*, New Haven 1988.

49 Überliefert ist die genaue Beurteilung des „Juste-milieu“ aus der Feder eines deutschen Zeitgenossen, der in Paris gelebt und die tatsächlichen Machtverhältnisse aus bilanzierender Übersicht gekennzeichnet hat: „Durch ihre Finanznot war die Julimonarchie von vornherein abhängig von der hohen Bourgeoisie, und ihre Abhängigkeit von der hohen Bourgeoisie wurde die unerschöpfliche Quelle einer wachsenden Finanznot [...]. Die *Verschuldung des Staats* [...] war das *direkte Interesse* der durch die Kammern herrschenden und gesetzgebenden Bourgeoisfraktion. Das *Staatsdefizit*, es war eben der eigentliche

# „Wider den Ungeist der Zeit“

## Tagung zum 70. Todestag des Künstlers und Schriftstellers Ernst Barlach (1870 – 1938)

30. Mai – 1. Juni 2008  
im Ver.di Bildungs- und Begegnungszentrum  
Clara Sahlberg, Berlin

Eine Veranstaltung der Gewerkschaft ver.di,  
Bildungs- und Begegnungszentrum Clara Sahlberg,  
Bundesfachbereich Medien, Kunst und Industrie,  
Landbezirke Nord und Berlin-Brandenburg,  
Bezirke Berlin und Kiel-Plön,  
des Verbands deutscher Schriftsteller (VS),  
Bundesvorstand,  
Fachgruppe im Landbezirk Nord  
des DGB Bezirks Berlin-Brandenburg

---

Gegenstand ihrer Spekulation und die Hauptquelle ihrer Bereicherung. Nach jedem Jahre ein neues Defizit. Nach dem Verlaufe von vier bis fünf Jahren eine neue Anleihe. Und jede neue Anleihe bot der Finanzaristokratie neue Gelegenheit, den künstlich in der Schwebel des Bankerotts gehaltenen Staat zu prellen – er mußte unter den ungünstigsten Bedingungen mit den Bankiers kontrahieren. Jede neue Anleihe gab eine zweite Gelegenheit, das Publikum, das seine Kapitalien in Staatsrenten anlegt, durch Börsenoperationen zu plündern, in deren Geheimnis Regierung und Kammermajorität eingeweiht waren. [...] Die Julimonarchie war nichts als eine Aktienkompanie zur Exploitation des französischen Nationalreichtums, deren Dividenden sich verteilten unter Minister, Kammern, 240.000 Wähler und ihren Anhang.“ Marx, Klassenkämpfe, S.13f.; siehe H. F. Osiander: Darstellung der französischen Finanzen seit der Julirevolution, 1830-1837, Stuttgart 1839.